Nummer 301

Bezugs-Preis ohne Bringerlohn: Vierteljährlich für Berlin 8 Mk. 70 Pf. für ganz Deutschland durch die Post 10 Mk. 20 Pf.; für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 25 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstraße 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

65. Jahrgang

Anzeigen-Preis: Die 9 gespaltene Zeile 1,50 Mk. Reklamezeile 4 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen zum Kurszettel, Zinsschein-Kalender Deutsche Lebensvers.-Gesellschaften, Allgem. Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint i. d. Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone“

Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352

Mittwoch, 9. Juli 1919

Fernsprecher der Druckerei: Zentrum 2488

Postscheck-Konto: Berlin 26412

Das Finanzprogramm Erzbergers.

Beginn der großen Steuerdebatten.

Verfassunggebende Nationalversammlung zu Weimar.

60. Sitzung vom 8. Juli 1919.

Am Ministertisch: Bauer, Erzberger.

Ein schleuniger Antrag der Abgg. Frau Agnes u. Gen. (U. Soz.) betreffend Einstellung des gegen den Abg. Eichhorn (U. Soz.) beim Amtsgericht Berlin I schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Sitzungsperiode der Nationalversammlung wird auf Antrag des Abg. Wurm an die Geschäftsordnungskommission verwiesen.

Es folgt

die erste Beratung der Steuergesetze

in Verbindung mit der Interpellation Auer u. Gen. (Soz.) betr. steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne usw.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Meine Damen und Herren!

Der Krieg ist der Verwüster der Finanzen. Der hinter uns liegende Weltkrieg ist der erfolgreiche Schrittmacher des Weltkonkurses. Da ich die Ehre habe, das erste Mal als Reichsfinanzminister vor Ihnen zu sprechen, lege ich ein offenes Geständnis ab: zweimal nur in meinem politischen Leben bin ich erschrocken, das einemal, als gegen meine Erwartung und gegen vorherige Verabredung der Reichskanzler am 5. November 1918 mich mit der Führung der Waffenstillstandsverhandlungen beauftragte; es war vormittags 12 Uhr und abends 5 Uhr mußte ich abreisen mit unbekanntem Ziel und mit dem bindenden Auftrag, dem deutschen Volk den Waffenstillstand unter allen Umständen zu bringen. Den zweiten politischen Schreck erlebte ich am 21. Juni 1919, als der Reichspräsident zu meiner große Überraschung mich aufforderte, das Reichsfinanzministerium zu übernehmen. Die Bedenkzeit war kurz; ich mußte ja sagen.

In der schwersten Stunde des Deutschen Reiches habe ich so das schwerste Ressort übernommen. Schweren Herzens, aber in dem Bewußtsein, daß die Pflicht es mir gebot, zugleich aber auch in der Hoffnung, daß die Parteien, welche die heutige Regierung bilden, mich in der Erfüllung meiner Aufgaben unterstützen werden. Aber ich erbitte auch die Mitarbeit aller derer in diesem Hohen Hause, die mit mir darin einig sind, daß es jetzt nur eine Aufgabe gibt: aufzubauen. An alle Parteien ergeht dieser Aufruf zur Mitarbeit: denn wir sind alle Söhne und Töchter eines gemeinsamen Vaterlandes.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Wiederaufbau des staatlichen Lebens sind geordnete Finanzen. Darum ist die erste Arbeit beim Wiederaufbau eine

grundlegende Finanzreform,

ein wohldurchdachtes System gerechter Steuerverteilung. Diese Arbeit eilt, weil für den Wiederaufbau des eigenen Wirtschaftslebens es notwendig ist, zu wissen, wie groß die Gesamtbelastung an Steuern und Abgaben sich gestaltet. Der Friede wird über kurz oder lang ein Sinken der Preise bringen. In diesem Augenblick kann die neue Steuerlast eher dazwischen geschoben werden, als wenn unser Wirtschaftsleben wieder in Ordnung gekommen ist und dann durch neue Steuern schwer erschüttert werden müßte.

Keine Rettung bringt der

Staatsbankerott,

denn Staatsbankerott ist heute Volksbankerott im Innern und nimmt Deutschland im Ausland jeden Kredit. Deutschland aber braucht Kredit, viel Kredit. Die Ratschläge auf Annullierung der Kriegsanleihe oder Verkündigung des allgemeinen Bankerotts mache ich nicht mit. Der Zinsendienst für unsere Kriegsanleihe muß gesichert sein. Die deutsche Kriegsanleihe ist von den breitesten Volksschichten aufgebracht. Von den 39,1 Millionen Gesamtzeichnungen entfallen nicht weniger als 34,3 auf Zeichnungen unter 5000 Mark. Diese 90 Prozent ergaben 25 Milliarden Mark, rund ein Viertel der Gesamtzeichnungen. Außer den 25 Milliarden Mark, welche die kleinen Zeichner aufgebracht haben, haben die Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Versicherungsgesellschaften insgesamt 21,5 Milliarden gezeichnet. Hinter dieser Summe stehen Arbeiter, Angestellte, Dienstpersonal, Beamte, Handwerker, kleine Landwirte. Über diese Verteilung der deutschen Kriegsanleihe muß man sich klar sein, wenn man von der Einstellung der Zinsenzahlung spricht. Eine solche Maßnahme würde diejenigen schädigen, die dem Vaterlande in der höchsten Not geholfen haben. Die

Schieber und Kriegsgewinnler,

die ihr Geld nicht in Kriegsanleihe angelegt haben, würden doppelten Vorteil haben; einmal würden sie große Einnahme gehabt haben, und zweitens würden sie von der Annullierung nicht getroffen werden. Eherne Pflicht ist es, die ganzen Kräfte dafür einzusetzen, daß der Steuerdienst der Kriegsanleihe geleistet werden kann. Steuerliche Begünstigungen kann ich für die Kriegsanleihe nicht in Aussicht stellen, wohl aber wird diese auch künftig bevorzugt werden bei Zahlungen gewisser Steuern und beim Kauf von Heeresgut für die Zeichner der Anleihe, nicht aber für Spekulationskäufer.

Gerechtigkeit im gesamten Steuerwesen

zu schaffen, ist mein oberstes Ziel. Gerechte Steuern stellen eine rasch wirkende vorzügliche Sozialisierung dar; sie treffen alle und haben eines voraus: die private Initiative bleibt bestehen, der begründete Eigennutz sucht nach höchster Einnahme. Der erzielte Überschuß wird aber zum erheblichen Teil wieder im Wege der Steuer für die Volksgemeinschaft abgenommen. Das Kapitaleinkommen muß dabei eine erhebliche Vorbelastung vor dem Arbeitseinkommen erfahren.

Ein guter Finanzminister ist der beste Sozialisierungsminister. Solche Sozialisierung tut uns bitter Not. Schon vor dem Kriege war der Unterschied in Deutschland zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden zu groß und wurde damit zur sozialen Ungerechtigkeit. Der Grundfehler der Wirtschaftspolitik im Kriege läßt sich auf die kurze Formel bringen, daß man durch die allgemeine Wehrpflicht die lebendigen Leiber mobil gemacht hat, daß aber die allgemeine Wehrpflicht halt machte vor dem Kapital und dem Besitz. Die Folgen dieser Ungerechtigkeit waren verhängnisvoll. Übermenschlicher Heroismus, unersetzliche Opfer an Leben und Gesundheit, übermenschliche Anforderungen an die Moral, die Standhaftigkeit und den Idealismus auf der einen Seite, fieberhafte Profitgier, Schiebertum, Luxus und Korruption auf der anderen Seite. Hier liegt auch eine der Wurzeln der Hemmungslosigkeit und Maßlosigkeit der Lohnforderungen, mit denen zurzeit der Bestand der Gesellschaft unterwühlt und dem Chaos entgegengeführt wird. An Warnungen hat es im Kriege nicht gefehlt. Im Juli 1917 hat der damalige Chef des Kriegsamts, General Groener, in eindringlichen Worten auf die furchtbaren Folgen jener Wirtschaftspolitik hingewiesen.

Der damalige Vizekanzler und

leichtfertigste aller Finanzminister

Staatsminister Helfferich, hat dieser Tage von den inneren Mächten der Zersetzung gesprochen ,die die Katastrophe des moralischen und nationalen Zusammenbruches verschuldet haben. Er hat es unterlassen, hierbei jene unheilvolle Wirtschaftspolitik der damaligen Regierung zu erwähnen, die dem moralischen Siegeswillen des deutschen Volkes so sehr geschadet hat und deren hauptsächlichster Träger er war. Wir stehen am Abschluß des Krieges, und, wie wir hoffen, am Beginn des Wiederaufbaues der Nation. Ziehen wir die innere Bilanz, so haben wir auf der einen Seite ethische und physische Verheerungen und Verwüstungen an Menschenleben und Menschenkraft, an physischen und moralischen Werten, Verarmung und Verelendung der mittleren und unteren Schichten, auf denen die Not des Krieges am drückendsten gelastet hat, und Riesengewinne, Konsolidierung des Kapitals, Reichtum, Luxus, Wohlleben und ungeschmälerter Besitz des größere Teils der bisher herrschenden Klassen auf der anderen Seite. Drohend erhebt sich aus dem Zusammenbruch der bisherigen Staats- und Wirtschaftsordnung als extremste Reaktion des verletzten Gerechtigkeitsgefühls der Volksmassen die wahnsinnige, alles zerstörende und negierende Theorie des Bolschewismus. Das Heilmittel gegen diese asiatische Krankheit ist die auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaute heilige Ordnung, welche den wohlbegründeten Volkswünschen Rechnung trägt und in kluger Führung das Gebot der Stunde erfüllt.

Der verstärkte Ruf nach Sozialisierung ist nur das Echo der überkapitalistischen Kriegswirtschaft.

Ein großes Stück Sozialisierung ist allerdings bereits vollzogen worden. Das Steigen des Arbeitslohnes und das Fallen des Geldwertes sind die größte Sozialisierung, die die Welt kennt. Der Kapitalist, der vor dem Kriege aus 100000 Mk. Vermögen 6000 Mk. Jahreseinkommen zog und heute dieselbe Rente hat, steht jetzt schlechter da als der Telegraphenarbeiter, der vor dem Kriege 1500 Mk. Einkommen hatte und jetzt 7800 Mk. Lohn bezieht. Das Sinken des Kapitalertrages und das Steigen des Arbeitslohnes sind natürliche Folgen unerträglicher Kriegsmaßnahmen. Die Kriegsindustrie hat alle gebunden und in den Dienst des Vaterlandes zu stellen versucht. Das Militär hatte nur einen gebieterischen Ruf: „Wir brauchen Kriegsgerät, koste es, was es wolle.“ Mit dem Ende des Krieges mußte der Rückschlag kommen. So war es selbstverständlich, daß die breite Masse, des Volkes am Ende des Krieges nicht nur nach der Einziehung der Kriegsgewinne rief, sondern auch ihren Teil vor der Wegnahme des Kriegsgewinnes haben wollte. Eine gut durchdachte, scharf angelegte Reichsfinanzreform wird dem Ruf nach Sozialisierung Gehör verschaffen: Erbschaftssteuer und große Vermögensabgabe sind die ersten einleitenden Schritte; andere werden folgen.

Der große Steuersouverän der Zukunft kann nur das einige Deutsche Reich sein, das in seiner Einheit und Geschlossenheit aus dem Kriegszusammenbruch zu retten, die vornehmste Aufgabe der jetzigen Regierung war und ist. Die Erhaltung des Reiches war der Preis für die Unterzeichnung des entsetzlich harten ungerechten Friedens. Dieses kostbare Gut unserer Väter, der deutsche Nationalstaat, muß leben und sich entwickeln können. Dazu braucht das Reich ein neues System der Steuerordnung. Drei Steuergläubigern ist der deutsche Bürger ausgesetzt: Reich, Gliedstaat, Gemeinde. Vor dem Krieg erhob das Reich jährlich nicht ganz 2 Milliarden Steuern und Abgaben, Einzelstaaten und Gemeinden etwa 3 Milliarden. Beim Friedensschluß ist das Mindestmaß der Einnahmen, die das Reich für eigene Bedürfnisse gebraucht: jährlich über 17 Milliarden. Die Einnahmen der Einzelstaaten und Gemeinden sind mit mindestens 6 Milliarden jährlich anzusetzen. Hat das Reich früher von dem Gesamtaufkommen 35—40 pCt. für sich gebraucht, so jetzt mindestens 70—75 pCt. Die Einnahmen des Reiches müssen um 900 pCt. gesteigert werden, die der Einzelstaaten und Gemeinden um vielleicht 100 pCt. Solche Riesenverschiebungen heischen neue Maßnahmen. Ausscheiden muß aus unseren Erörterungen das früher oft gesprochene Wort von einem Gegensatz der finanziellen Interessen von Reich und Einzelstaaten, von Staat und Gemeinden. Für den Zensiten ist es an sich finanziell gleichgültig, in welche Kasse die ihm auferlegte Steuer fließt. Der Einheit des Steuerschuldners muß die Einheit der öffentlichen Bedürfnisse gegenüberstehen. Es muß eine Sache der sorgsamsten Überlegung und Abwägung sein, wie die Erträgnisse der Gesamtheit der Steuern auf die verschiedenen öffentlichen Verbände zu verteilen sind. Viel enger als früher ist das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Gliedstaaten. Denn Reich und Einzelstaaten stehen nach dem Friedensvertrag als gemeinsam Verpflichtete den Vertragsgegner gegenüber. Eine ganz neue Konstruktion des Aufbaues der Reichs- und Staatsfinanzen ist nötig. Den ersten Schritt dazu hat die Verfassung getan; positiv in den Bestimmungen über die Zuständigkeiten des Reichs auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung, negativ, indem sie die Matrikularbeiträge beseitigt hat. Die Gemeinsamkeit der Interessen von Reich, Gliedstaaten und Gemeinden wird es mit sich bringen, daß es günstige Steuerinseln in Deutschland nicht mehr geben wird. Der deutsche Steuerzahler wird künftig keine Sorge mehr haben, auszurechnen, ob er mit Steuern billiger wegkommt, wenn er in Berlin, Grunewald, Koburg oder am Bodensee wohnt.

Können wir den Riesenbedarf der Zukunft aufbringen?

Wir müssen ihn aufbringen. Der Bedarf des Reiches scheidet sich künftig in: a) Inlandsbedarf, b) Wiedergutmachungen. Die voraussichtlichen Jahresausgaben werden sich auf rund 17,5 Milliarden Mark belaufen.

Die Höchstsumme für die Wiedergutmachungen konnte trotz aller Bemühungen im Friedensvertrag nicht festgestellt werden. Ich muß indes daran festhalten: wir müssen wissen, wie hoch die Gesamtsumme unserer Leistung an die Gegner ist, und wie hoch die Jahresquote ist. In den kommenden 4 Monaten haben wir Vorschläge auszuarbeiten und zu sagen, wie wir uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen denken. Angesichts dieser unserer Riesenlasten wage ich kaum das Wort auszusprechen, mit dem ein Finanzminister aufstehen und zu Bett gehen muß, das Wort von der Sparsamkeit. Ich bin fest entschlossen, den Weg der harten Sparsamkeit überall zu gehen. Darum habe ich sofort die von meinem Herrn Amtsvorgänger bereits vorbereitete Parole ausgegeben, daß vom 1. Oktober 1919 ab es keine Pauschkonten und Kriegsfonds mehr gibt, daß die Kriegsfinanzwirtschaft aufhört und daß zur geregelten Etatswirtschaft zurückgekehrt werden muß. Der erste Leitsatz ist: keine unproduktiven Ausgaben mehr. Darum muß auch der sachgemäße

Abbau der Arbeitslosenunterstützung

Kein Ende des Verkehrsstreiks abzusehen

Eine Emonts-Sensation.

Versammlungen der Streikenden.

Am gestrigen Dienstag nachmittag fanden auf dem Hochbahnhof Nordring, im Untergrundbahnhof Bismarckstraße, am Hochbahnhof Warschauer Brücke und im Straßenbahnhof Urbanstraße Versammlungen der Streikenden statt. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht. Im Bahnhof Urbanstraße waren etwa 4000 Angestellte der Verkehrsunternehmungen versammelt. Ein Mitglied der Streikleitung eröffnete die Versammlung. Der Kampf, der den Verkehrsangestellten aufgezwungen sei, müsse durchgekämpft werden. Man könne die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis die Arbeitgeber zu Verhandlungen bereit seien. Deshalb müsse das an die Ausständigen gerichtete Ansinnen, erst die Arbeit wieder aufzunehmen und dann zu verhandeln, mit Entrüstung zurückgewiesen werden. Hinter der Aufforderung des Bürgerrates, die jetzt an allen Säulen prange, stehe das Kapital. Deshalb warne die Streikleitung jeden vor Ausschreitungen. Vor allem sollen diese Plakate des Bürgerrates nicht von den Säulen heruntergerissen werden, da ein Straßenbahner bei diesem Versuch von einem Kriminalschutzmann ergriffen und verhaftet worden sei. Das Unternehmertum fahre jetzt seine schwersten Kanonen gegen die Streikenden auf. Noske wolle seine Trupen sogar durch Berlin als Straßenbahner gondeln lassen. Die Streikleitung sei überzeugt, daß diese Leute schon bei den ersten Versuchen nicht sehr weit kommen würden. Zum Schlusse warnten die Redner die Arbeiterschaft Berlins, in einen Sympathiestreik für die Straßenbahner einzutreten, da keineswegs beabsichtigt sei, um der Forderungen von 17 000 Menschen willen die Berliner Fabrikation bra chzu legen. Es wurde dagegen Protest erhoben, daß eine Kündigung der Angestellten seitens der Direktion beabsichtigt sei. Alle Redner forderten die Anwesenden auf, im Streik zu verharren, da den Verkehrsangestellten der Sieg sicher sei. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die Angestellten und Arbeiter sämtlicher Verkehrsgesellschaften Groß-Berlins geloben der Streikleitung, solange im Kampfe auszuharren, bis die Verhandlungen zum endgültigen Abschluß gelangt sind. Die Versammelten protestieren gegen die schamlose Hetze der bürgerlichen Blätter, vor allem des „Vorwärts“ und der Bezirksverwaltung Groß-eBrlin der S. P. D. durch ihr am 7. Juli herausgegebenes Flugblatt. Ferner protestieren sie gegen die Drohung des Bürgerrates in seinem Säulenanschlag, worin eine Pogromstimmung gegen die Streikenden erzielt werden soll. Zum Schlusse bitten die Streikenden die gesamte Arbeiterschaft Groß-Berlins um ihre Sympathie, denn der Kampf, den die Streikenden führen, ist ein Kampf gegen das Kapital. Ferner betonen wir noch einmal, daß wir zu jeder Zeit und Stunde zu Verhandlungen bereit sind.“

Ein Appell an den Reichswehrminister.

Im Sinne seines von uns gestern veröffentlichten Aufrufes an die Berliner hat der Bürgerrat von Groß-Berlin an den Reichswehrminister Noske nach Weimar folgendes Telegramm gesandt:

„Die weitere Andauer des Straßenbahnerstreiks droht in Berlin katastrophale Folgen zu zeitigen. Wir empfehlen, durch freiwillig einzustellende Ingenieure und Techniker einen Teil der Bahnen wieder in Betrieb zu setzen, dieselben durch militärische Maßnahmen zu sichern und alsdann dahin zu wirken, daß den Streikenden ein Ultimatum gestellt wird mit der Maßgabe, daß nach Ablauf desselben Nichtarbeitswillige entlassen werden und durch neue Angestellte ersetzt werden.

Bürgerrat von Groß-Berlin.“

Die Bankbeamten gegen den Tarifvertrag.

Im großen Saal des Lehrervereinshauses fand am gestrigen Dienstag abend auf Veranlassung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten eine Mitgliederversammlung statt, die sich mit dem Tarifvertrag zu beschäftigen hatte. Gleichzeitig fand im Saal der Musikerbörse eine Versammlung der Kassenboten statt, die sich mit dem gleichen Thema befaßte. Im Lehrervereinshaus referierte der Verbandsleiter Marx. Zu Beginn seiner Ausführungen ging der Redner ausführlich auf den

Fall Emonts

ein, der, so behauptet Marx, gezeigt habe, daß der Verband die Belastungsprobe ausgehalten habe. Die Staatsanwaltschaft habe, was sich herausgestellt habe, keine Handhabe, um gegen Emonts die Anklage wegen Hochverrats zu erheben. Es lägen keine Beweise dafür vor, daß sich Emonts im Sinne der Staatsanwaltschaft auf deutschem Boden vergangen habe. Er habe lediglich im feindlichen Gebiet unter den feindlichen Truppen Propoganda getrieben. Das sei Hochverrat im Sinne des englischen Gesetzes. Die Staatsanwaltschaft habe zugegeben, daß Emonts nach Köln ausgeliefert werden sollte. Selbstverständlich hätten in diesem Fall die englischen Besatzungstruppen Emonts aus dem deutschen Untersuchungsgefängnis ausgehoben und zur Aburteilung gebracht. Die Staatsanwaltschaft müsse daher in Zukunft intelligenter vorgehen, wenn sie in Zukunft die Gehirne der Bankangestellten umnebeln wolle. Sie habe mit der gesamten öffentlichen Meinung Schindluder getrieben. Die deutsche Regierung habe seit Monaten von der Tätigkeit Emonts im besetzten Gebiet gewußt, und er, der Redner, sei der Überzeugung, daß die Bankleitungen die Verhaftung Emonts betrieben haben, um den Streik, den sie für den 1. Juli vorausgesehen haben, unmöglich zu machen. Auch Marx wurde, so erklärte er weiter, von der Kriminalpolizei bespitzelt. Alle zwei Stunden erschienen Beamte in seiner Wohnung, um sich nach seinem Verbleiben zu erkundigen, trotzdem er sich zweimal der Staatsanwaltschaft gestellt habe und ihm von dieser Behörde erklärt worden sei, daß gegen ihn nichts vorliege. Die Staatsanwaltschaft könne den gesamten Vorstand des Allgemeinen Verbandes und auch noch andere Bankbeamte verhaften, aber sie werde den Geist, den sie in den Führern treffen wolle, nicht totmachen können. Die Bankbeamten werden sich jetzt zum Streik nicht hinreißen lassen, sondern sie werden sich selbst den Zeitpunkt aussuchen, in dem sie in den Streik eintreten wollen. Bei der Verhaftung Emonts handle es sich lediglich darum, die gewerkschaftliche Bewegung innerhalb der Bankbeamten zu vernichten. Da gingen die Engländer gerechter vor, als die deutsche Behörde. Im Laufe des Abends habe er die Drahtnachricht erhalten, daß die Braut Emonts von den englischen Richtern freigesprochen und bereits aus dem Zuchthaus entlassen sei. — Der Tarif selbst sei ein Schandvertrag. 95 Prozent des Schiedsspruches wären wörtlich dem Vorschlag der Arbeitgeber entnommen worden. Der Vorstand des Verbandes werde den Tarif unter keinen Umständen unterschreiben. Marx ging dann die einzelnen Punkte des Vertrages durch, die er zur Verlesung brachte, und glossierte sie unter dem Beifall der Versammlung. Nach langer erregter Debatte wurde eine Resolution im Sinne der Ausführungen Marx' angenommen.

*

Gegen 9 Uhr abends erschien plötzlich Emonts aus einer Kulisse hervortretend auf der Bühne und rechtfertigte sein Verhalten. Er erklärte noch einmal persönlich, daß er bereit sei, sich einem deutschen Gericht zu stellen. Nachdem er ungefähr 5 Minuten gesprochen hatte, verschwand er wieder. Der Versammlungsleiter sperrte die Saalausgänge, um zu verhindern, daß irgendein Versammlungsteilnehmer die Polizei benachrichtigte.

Theater, Konzerte usw.

Spielplan für Mittwoch, den 9. Juli.

Direkt.: Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7½ Uhr: Auch ich war ein Jüngling . . .

Kammerspiele.
7½ Uhr: Weib und Hampelmann.

Theater des Westens.
7½ Uhr: Die Geisha.

Dir.: Victor Barnowsky.
Lessing-Theater.
8 Uhr: Charley's Tante.

Deutsches Künstler-Th.
7½ Uhr: Die Rutschbahn.

Dir. Meinhard-Bernauer
Theater i. d. Königgr. Str.
½8 U.: Der Häuptling.

Komödienhaus.
Lucie Höflich und Ludw. Hartau.
8 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater.
½8 Uhr: Die tolle Komteß.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr:
Der heilige Florian.

Residenz-Theater.
7½ Uhr: Das höhere Leben.

Trianon-Theater.
7½ U.: Der gute Ruf.

Central-Theater.
Kommandantenstr. 57.
7½ Uhr: D. Schönste von allen.

Deutsches Opernhaus.
7 Uhr: Der Zigeunerbaron.

Friedrich-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: Der Hias.

Kleines Theater.
7½ Uhr: Unterm Baume der Erkenntnis.

Komische Oper.
7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus.
7¾ Uhr: So ein Mädel.

Metropol-Theater.
7 Uhr 20 Min.: Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus.
7¼ Uhr: Die Dame vom Circus.

Palast-Theater.
7½ Uhr: Weinende Erben.
Operette in 3 Akten von R. Danziger.

Schiller-Theater Charl.
7½ Uhr: Alt-Heidelberg.

Thalia-Theater.
7¼ U.: Jungfer Sonnenschein.

Theater a. Nollendorfpl.
8¼ Uhr: Die Anne-Lise.
7½ Uhr: Die Puppe.

Theater d. Friedrichstadt
8 Uhr: So eine Frechheit. Versicherung gegen Einbruch. Ein Polterabend.

Wallner-Theater.
7½ Uhr: Das Gesetz.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr (Kleine Preise): Der Vierwaldstätter See und der Gotthard.
8 Uhr: Von Kopenhagen nach Stockholm.

Winter - Garten.
Täglich 7½ Uhr: Varieté - Spielplan
Rauchen gestattet.

ins Auge gefaßt werden; lohnende Arbeit, nicht Arbeitslosenunterstützung ist das Ziel.

Wie soll der **Gesamtbedarf** gedeckt werden, den ich für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden mit rund 25 Milliaden Mark beziffern darf? Nachdem ich das Reichsfinanzministerium knapp zwei Wochen leite, werden Sie von mir nicht schon die Darlegung eines bis in allen Einzelheiten durchdachten Steuersystems erwarten. Aber meine Pläne stehen bereits fest. In diesem Augenblick nur einige Angaben: die laufenden steuerlichen Reichseinnahmen vor dem Krieg betrugen nicht ganz 2 Milliarden Mark, von 1913 bis 1918 sind während des Krieges an neuen laufenden Einnahmen erschlossen worden 4000 Millionen Mark. Hierzu treten an einmaligen Abgaben der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer nebst Zuschlag in Höhe von 5,7 Milliarden Mark und die Kriegssteuer für 1918 mit etwa 2 Milliarden Mark. Die neu vorliegenden Steuerentwürfe sollen dem Reich weitere 1200 Millionen laufende Einnahmen bringen, und ferner einmalige Einnahmen, die eine dauernde Zinsenersparnis von 600 Millionen Mark versprechen. Es ist also noch die Summe von mehr als 10 Milliarden Mark zu decken. Zwei große neue Steuern nähern sich im Finanzministerium ihrem Abschluß, und ich beabsichtige, sie noch vor Beginn der Parlamentsferien dem Hause zu unterbreiten: die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer. Aber auch wenn diese Vorlagen unverändert angenommen würden, ist der Fehlbetrag für den eigenen Bedarf noch nicht gedeckt. Die Summe für die Wiedergutmachungen muß auf andere Weise aufgebracht werden. Im Herbst werden der Nationalversammlung neue Vorlagen zugehen mit dem Endziel, diese Fehlbeträge zu decken. Die Steuerlast wird eine geradezu entsetzliche Höhe erreichen.

Meine Damen und Herren, wenn es auch nur ein magerer Trost ist, so ist es doch immerhin ein solcher, wenn man im Unglück Genossen hat. Wir haben solche, und zwar nicht nur auf unserer Seite, sondern auch auf der Gegenseite. (Es folgen längere Ausführungen über das englische und französische Budget.)

Eine stete Gefahr sind die

72 Milliarden schwebende Schuld.

Ihre Beseitigung ist eine der dringendsten Aufgaben für mich. Zwei Wege gibt es: entweder Umwandlung in eine fest fundierte Anleihe oder Tilgung durch große Abgaben, sei es durch die Einziehung sämtlicher Kriegsgewinne, sei es durch die große Vermögensabgabe, wobei ich mich keinem Zweifel hingebe, daß diese beiden Steuern zusammen nicht sofort den gesamten flüssigen Betrag von 72 Milliarden aufbringen werden.

Nun ein Wort zu den

neuen Steuern,

die dieses Haus beschäftigen. Sie sind nicht mein Werk. Worte des wärmsten Dankes an meine Vorgänger, die Herren Schiffer und Dernburg, sind meine Amtspflicht, und mir persönliches Bedürfnis. Es handelt sich hier um eine erste Abschlagszahlung, die Sie dem Reichsfinanz-Ministerium nicht verweigern werden.

Zwei Gesetzentwürfe sollen die Kriegsgewinnbesteuerung zum Abschluß bringen. Der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 ist im wesentlichen eine Wiederholung des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 vom 26. Juli 1918.

Während das Kriegsabgabegesetz für 1918 weiterhin die Entrichtung einer Vermögensabgabe für Einzelpersonen vorgeschrieben hat, will der Entwurf auf die nochmalige Erhebung einer solchen Abgabe mit Rücksicht auf die kommende große Vermögensabgabe verzichten. Der weiter vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe von Vermögenszuwachs will jeden in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1918 eingetretenen Vermögenszuwachs mit einer Abgabe treffen. Der Ausbau der Besteuerung der Erbschaften durch das Reich unter Einbeziehung des Gatten- und Kindererbes, auf das die Hauptmasse der Vererbung entfällt (etwa vier Fünftel), stellt eine alte Forderung dar. Der Schwerpunkt soll bei der Erbanfallsteuer liegen. Die Bedeutung der (innerhalb des Gesetzentwurfes geplanten) Nachlaßsteuer, die im Grunde nichts anderes ist als eine letzte Vermögenssteuer des Erblassers, liegt wesentlich in ihrer Eigenschaft als eine allgemeine Kontrollsteuer für alle Steuern vom Einkommen und Vermögen. Die Sätze der Erbanfallsteuer, welche die Hauptbelastung darstellen, sind nach der Nähe des Verwandtschaftsgrades und der Höhe des einzelnen Anfalls gestaffelt. Sie bewegen sich zwischen 4 und 20 pCt. in der ersten Klasse (Ehegatten und Kinder) und in der letzten Klasse zwischen 15 und 50 pCt. Dazu kommt ein Zuschlag für das schon vorhandene Vermögen in Höhe von 10 bis 50 pCt. des Grundbetrages der Steuer. Die Steuersätze sind so bemessen, daß der kleine und mittlere Besitz insbesondere innerhalb des engsten Familienkreises nach Möglichkeit geschont wird. Soweit die Steuer wegen ihrer Höhe nicht aus laufenden Mitteln gedeckt werden kann, wird noch dafür Sorge getragen werden, daß sie auch in anderer Weise als durch Barzahlung entrichtet werden kann. Das wird im Zusammenhang mit den Einrichtungen geschehen, die für die

Entrichtung der großen Vermögensabgabe

getroffen werden müssen. Der Zusammenhang mit dieser letzteren ist im übrigen dadurch hergestellt, daß die Erbanfallsteuer in den ersten 20 Jahren, bis 1940 für jedes volle Jahr, um welches der Erbanfall vor diesem Zeitpunkt erfolgt, um 2 pCt. ermäßigt wird. Der Gesamtertrag der künftigen Steuer ist für das bisherige Reichsgebiet auf etwas über 700 Millionen Mark veranschlagt, wovon die Gliedstaaten einen Anteil von 20 pCt. erhalten sollen. Bei der Zunahme der steuerlichen Belastung wird es zu einer dringenden Forderung, daß möglichst jede Belästigung der Steuerpflichtigen durch unnötiges Nebeneinander und Durcheinander verschiedener Steuern vermieden wird. Es ist bekannt, daß auf dem Gebiete der Grundwechselbesteuerung bisher ein Zustand bestand, der diesen Forderungen nicht Rechnung trug. Es soll nach dem Entwurf nur noch eine einheitliche Grundwechselsteuer geben; die Auseinandersetzung der bisherigen Steuergläubiger über den Ertrag vollzieht sich nach dem Entwurfe in Form der Abrechnung, ohne daß der Steuerschuldner selbst damit zu tun hat. Der Entwurf hofft auf eine Vermehrung der Reichseinnahmen um 74 Millionen Mark. Durch das Rayonsteuergesetz soll derjenige besondere Wertzuwachs erfaßt werden, der für Grundstücke in der Umgebung von Festungen bei Aufhebung der für sie nach dem Reichs-Rayongesetz von 1871 geltenden weitgehenden Benutzungsbeschränkung (Bauverbote u. dergl.) im Falle der Auflassung der betreffenden Festungsanlagen entsteht. Eine weitere Erhöhung der Belastung des Tabaks ist bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches unvermeidlich. Es wird vorgeschlagen, die sämtlichen fertigen Tabakerzeugnisse in gleicher Weise zu besteuern wie jetzt die Zigaretten, nämlich nach ihrem Kleinverkaufspreis unter Verwendung von Steuerzeichen. Daneben soll der bisherige Gewichtszoll als Schutzzoll für den inländischen Rohtabak bestehen bleiben, der Zollzuschlag und die Inlandsteuer für Rohtabak sollen in Wegfall kommen. Diese Besteuerungsart wurde gewählt, weil sie neben einer entsprechenden Steuersicherheit den größtmöglichsten Betrag erwarten läßt. Die in neuerer Zeit von einem Teil des Tabakgewerbes und vom Handel mit Tabakerzeugnissen gewünschte Besteuerung der Tabakerzeugnisse auf Grund des Herstellungspreises und einer entsprechenden Buchführung sind nicht empfehlenswert. Sie würde bei dem Anreiz, den die notwendige Höhe der Abgabe zu Hinterziehungen bieten kann, lästige und kostspielige Verrechnungsmaßnahmen erfordern und trotzdem nicht die gleiche Steuersicherheit bieten, wie die Verwendung von Steuerzeichen. Auch für den Verbraucher ist die im Entwurf vorgeschlagene Besteuerungsart vorteilhafter, weil sie ihn besser vor Uebervorteilung schützt. Der Entwurf rechnet im Beharrungszustand, das ist beim Wiedereintritt regelmäßiger Verhältnisse, mit einem Gesamtertrag von 750 Mill. Mark, dies würde gegenüber den im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 eingestellten Einnahmen von Tabakabgaben eine Mehreinnahme von 450 Mill. Mark bedeuten.

Die Notwendigkeit zur Deckung des erhöhten Finanzbedarfs des Reichs Mehreinnahmen zu schaffen, ist derart dringend, daß es nicht mehr angängig erscheint, von einer Erhöhung der Zuckersteuer abzusehen. Die erhebliche Preissteigerung des Zuckers während der letzten Jahre und die trotzdem verstärkte Nachfrage läßt erkennen, daß der Zucker eine stärkere Belastung vertragen kann. Die Vorlage sieht die Erhöhung von 14 Mk. auf 30 Mk. vor. Von einer solchen Erhöhung, der eine Verteuerung des Kleinhandelspreises um 8 Pfennige für das Pfund entsprechen würde, ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre ein nennenswerter Verbrauchsrückgang nicht zu befürchten. England und Frankreich erhöhen ihre Zuckersteuern gleichfalls. Der Mehrertrag der geplanten Erhöhung der Spielkartensteuer wird auf 10 Millionen berechnet. Auch die Zündwaren können dem Reiche größere Einnahmen zuführen, wenn einerseits die schon jetzt der Zündwarensteuer unterliegenden Zündhölzer und Zündkerzen höher besteuert werden, und wenn man andererseits die Feuerzeuge und Zündmittel ebenso wie in anderen Ländern zur Steuer heranzieht. Der Entwurf sieht eine Verdoppelung der bisherigen Steuersätze vor. Die Industrie wird eine derartige Belastung tragen können, wenn einerseits die zum Schutze der jetzt bestehenden Zündholzfabriken getroffene Festsetzung von steuerlich begünstigten Jahreserzeugungsmengen in ihren Grundzügen bestehen bleibt, und wenn andererseits der stärkste Feind der Zündholzindustrie, die Feuerzeuge, zur Steuer herangezogen werden. Bisher ist die Zündwarensteuer im Reichshaushalt mit rund 22 Millionen Mark eingestellt gewesen. Künftighin wird eine Mehreinnahme von rund 30 Millionen Mark erwartet. Wenn die Reichsregierung den jetzt der Nationalversammlung vorgelegten Steuerentwürfen den Entwurf eines Vergnügungssteuergesetzes angefügt hat, so ist das geschehen, weil immer erneut aus allen Kreisen der Bevölkerung der Wunsch laut wurde, den besonderen Aufwand, der allenthalben gerade auf dem Gebiet der Lustbarkeiten getrieben wird, nachdrücklich zu besteuern. Selbstverständlich ist, daß wirklich volkstümliche künstlerisch hochstehende Aufführungen, bei denen die Abstufung und die Höhe der Preise den gesellschaftlichen Zweck des Theater- und Konzertbesuches zurücktreten läßt, eine steuerliche Bevorzugung verdienen. Der § 32 des Entwurfs sieht denn auch vor, daß in solchen Fällen die Steuer ermäßigt oder erlassen werden kann. Ich glaube demnach nicht, daß der in der Presse von manchen Seiten geäußerte Vorwurf der Kulturwidrigkeit des Entwurfs bei ernster Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse als gerechtfertigt angesehen werden kann. Im übrigen findet fast jeder jene Steuer kulturwidrig, die er selbst zu bezahlen hat.

Neue Steuervorlagen werden kommen

— teilweise noch in diesem Monat —, zu diesen rechne ich die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer. Der Staat wird durch radikale Gesetze und radikale Durchführung der Gesetze die Ungerechtigkeiten des Krieges wieder gutzumachen suchen. Die breiten Massen des Volkes warten seit der staatlichen Umwälzung auf das große Opfer der besitzenden Klassen. Pflicht der Besitzenden ist es, nicht nur sich dem staatlichen Zwange zu fügen, sondern sich zur inneren Ueberzeugung der Notwendigkeit der Hingabe aller Reichtümer und alles Ueberflusses durchzuringen und durch Abkehr von Selbstsucht, Eigennutz und Luxus die Brücke zur sozialen Versöhnung zu schlagen. Nur dieser Weg führt zur wahren Versöhnung und zur Wiederherstellung der inneren Einheit und Solidarität des Volkes, der unbedingten Voraussetzung für das Erstehen eines neuen, geläuterten und gebesserten Deutschlands.

Grundlegende Systemänderungen

in der Steuerverwaltung werden baldigst der Nationalversammlung unterbreitet. Diese Reformen werden die Vollendung des Gesamtwerkes darstellen. Ich bedauere es, alle Einzelheiten nicht schon jetzt darlegen zu können, aber Reichsministerium und Einzelstaaten konnten in so kurzer Zeit nicht endgültig Stellung nehmen. Eine dringende Bitte habe ich, meine Damen und Herren, erledigen Sie alle Ihnen zugegangenen und noch zugehenden Steuervorlagen

vor den Ferien

im Interesse des Reiches. Ob reich oder arm, wir alle tragen zuviel Papiergeld in der Tasche herum. Wenn das Steuerzahlen einsetzt, wird die Geldtasche dünner werden. Es folgt die Gesundung durch Sparsamkeit.

Die Steuergesetze selbst können freilich nur die Form geben, Steuern selbst bringen sie nicht. Diese werden nur gebracht durch Arbeit. Unermüdliche Arbeit ist der Segenbringer für die Einzelperson wie für das Reich. Von den Menschenrechten haben wir viel gesprochen und viel gehört. Die Menschenpflichten müssen wieder in ihre Rechte eingesetzt werden. Ewig wahr bleibt das alte biblische Wort: „Der Mensch ist zur Arbeit geboren, wie der Vogel zum Flug." Das war mein Lebensprinzip. Ich rühme mich, daß ich ein Mann der Arbeit bin — keiner meiner politischen Gegner wird mir das bestreiten können — ein Mann der Arbeit, der das ora et labora stets hoch gehalten hat als Segenbringer für das Volk wie als Grundlage jeder Kultur. Das Wort: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen," muß der Grundsatz der neuen deutschen Republik sein. Arbeit ist wahre Vaterlandsliebe. Nur eine Rettung gibts für unser Volk: In schwerer Arbeit, „rückwärts blickend vorwärts schauen". Den Reichtum hat uns der Krieg genommen. Die Welt hat uns die internationale Gerechtigkeit versagt, um so leidenschaftlicher und energischer aber wollen wir arbeiten für eine in Gerechtigkeit wiederaufblühende Heimat und all unser Sorgen und Mühen widmen: dem armen aber gerechten Deutschland. Gerechtigkeit, Arbeit und Vaterland müssen der helltönende Dreiklang sein, der das neue Deutschland einläutet und dadurch bessere Zeiten ankündet.

Die Rede des Reichsfinanzministers wurde an vielen Stellen von Beifall unterbrochen. Als der Minister vom „leichtfertigsten aller Finanzminister" Helfferich sprach, erfolgten lebhafte wiederholte Rufe: Sehr richtig! auf der Linken. Darauf stürmische Rufe von der Rechten: Pfui, pfui. Großer Lärm, lebhafte Zwischenrufe links. Rufe links: Raus, raus! Diese Rufe gelten einem auf der Rechten gefallenen Zwischenruf, der unter dem Lärm auf der Tribüne nicht gehört worden ist, den Redner aber veranlaßt, der Rechten zuzurufen: „Neu ist mir, daß Sie im Parlamentarischen sich auch der Schimpfworte bedienen!"

Einem Vorschlage des Aeltestenausschusses entsprechend beschließt das Haus, daß von jeder Partei nur ein Redner je eine Stunde sprechen soll.

Abg. **Keil** (Soz.): Die Rede, die wir eben gehört haben, ist ein dankenswerter Versuch, die beispiellos ungeheuerlichen finanzpolitischen Aufgaben, vor denen wir stehen, zu meistern. Sie hat nur einen großen Fehler: sie ist zu spät gehalten worden. (Sehr gut!) Dieser Vorwurf richtet sich nicht gegen den gegenwärtigen Finanzminister, sondern gegen seine Amtsvorgänger, die es versäumt haben, rechtzeitig an eine steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne und des Besitzes heranzugehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Hunderte von Millarden sind in den fünf Monaten seit Zusammentritt der Nationalversammlung über die Grenzen geschmuggelt, verschoben, versteckt, verschwendet — jedenfalls dem steuerlichen Zugriff entzogen worden. Nicht nur materielle Verluste sind damit verbunden gewesen, sondern auch moralische Nachwirkungen der schlimmsten Art. Die Steuermoral und Steuerehrlichkeit hat die schwersten Einbußen erlitten. Das Bündel neuer Steuern, das uns nun endlich zur Beratung vorgelegt worden ist, läßt leider die große und kühne Entschlußkraft vermissen, ohne die eine Lösung der gigantischen Aufgaben auf diesem Gebiete unmöglich ist. Sie bewegen sich in dem engen Rahmen der bisherigen deutschen Kriegssteuergesetzgebung und bilden zum großen Teile nur eine Fortsetzung bzw. Wiederholung von Steuerarten, die während des Krieges schon in Angriff genommen worden sind.

Redner übt dann eine scharfe Kritik an der deutschen Kriegsfinanzpolitik, die ebenso verderblich gewesen sei wie die allgemeine Politik nach innen und nach außen. Herr Helfferich, dieser geniale Staatsmann, war in seiner ganzen Kriegsfinanzpolitik von einem geradezu ruchlosen Optimismus erfüllt. Seine Kriegsanleihepolitik hat vollständig Schiffbruch erlitten; sie hat es mitverschuldet, daß der Krieg 4½ Jahre dauerte und daß wir bei Ausbruch der Revolution 90 Milliarden Kriegsanleiheschulden und 50 Milliarden schwebenden Schulden auf dem Buckel hatten. Auf die allgemeine Vermögensabgabe haben wir lange genug gewartet, sie hätte schon vor Monaten kommen müssen. (Sehr richtig!) Das gleiche gilt von der Kriegsgewinnbesteuerung; während des Krieges wäre eine allgemeine Vermögensabgabe finanz- und allgemeinpolitisch heilsam gewesen, heute erfordert sie viel höhere Sätze. Das Versprechen, die Kriegsanleihe soll bei Bezahlung von Steuern zum Nennwert angenommen werden, galt nicht für alle Ewigkeit und kann auch nicht so lange gelten. Die Reichserbschaftssteuer ist rasch zu erledigen und zwar muß aus ihr eine Milliarde mehr herausgeholt werden. Die Nachlaßsteuer ist für die großen Nachläße viel zu gering, bis zur vollen Konfiskation des Erbvermögens sind Verschärfungen angezeigt. Ohne die ist der Luxus der oberen Schichten unerträglich. Auch das Erbrecht des Reiches muß eine ergiebige Einnahmequelle werden, finanzielle und soziale Gründe sprechen für ein radikales Vorgehen der Regierung, die Grundwechselsteuer bringt nichts Neues, doch ist ihre Einheitlichkeit zu begrüßen. Auch der Steuersatz von 4 pCt. ist für die von Kriegssteuern nicht belastete Landwirtschaft erträglich. Ehe wir an die indirekten Steuern herangehen, müssen wir erst wissen, wie das ganze Steuerwesen überhaupt in Zukunft gestaltet werden soll.

Abg. **Farwick** (Zentr.): Bei unserer traurigen Finanzlage müssen wir uns mit aller Wucht auf unsere schaffende Kraft werfen. Daß die Spekulanten in Kriegsanleihen in dem Gesetz über die Kriegsabgabe ihren Meister gefunden haben, wird im Volke ungeheure Befriedigung finden. Die Kriegsanleihen sind zum Objekt des Schleichhandels und des Hamsterns geworden, wie es aller Beschreibung spottet. Diesem Treiben wird erfreulicherweise jetzt das Wasser abgegraben. Es ist ferner ein mit Lorbeeren zu krönendes Beginnen, daß den Kriegsgewinnlern das Handwerk gelegt wird. Bei der Erbschaftssteuer ist es gerecht, daß das Kindererbe bevorzugt und die Erbschaften der Wohlhabenden höher besteuert werden als die der Armen. Es ist richtig, daß die Auskunftspflicht der Banken schärfer als bisher gesetzlich ausgesprochen wird. Die Vergnügungssteuer wird leider auch auf Veranstaltungen gelegt, die, wie z. B. wissenschaftliche Darlegungen und Vorträge, bisher nicht zum Vergnügen gerechnet wurden. (Sehr richtig!) Andererseits scheint der Verfasser des Entwurfes Berlin nicht genau zu kennen, sonst wären beispielsweise auch die Glücksspielklubs mit erfaßt worden, von denen man doch nicht behaupten kann, daß sie der Erbauung dienen. (Beifall und Heiterkeit!) Auch über die anderen indirekten Steuern führte der Redner aus, daß sie den Ausschuß noch lebhaft beschäftigen werden. Man hat im Zusammenhang mit dem Herauskommen dieser Vorlagen von einer Steuerhast gesprochen, gerade das Gegenteil ist richtig. Man müßte vielmehr von einer Steuerpolitik der verpaßten Gelegenheiten sprechen. (Lebh. Zustimmung.) In der Steuerpolitik müssen wir fortan unsere allerbeste soziale Politik treiben. Die rechte Besteuerung des Volkes sei das oberste soziale Gesetz! (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. **Schiffer** (Dem.) verteidigt sich gegen die Vorwürfe Keils wegen Verschleppung der Steuervorlagen und der daraus entstandenen Schuld an dem Reiche entgangenen großen Einnahmen. Er führt aus: Ich übernehme für meine Haltung die Verantwortung. Verwunderlich ist es, daß weder die in der Regierung sitzenden Fraktionsgenossen des sozialdemokratischen Redners noch der jetzige Reichsfinanzminister trotz der ihm eigenen Aktivität gegen mich eingeschritten sind. (Unruhe bei einem Teil des Hauses, lebh. Zustimmung rechts und bei den Demokraten.) Ich verweise darauf, daß die Versteuerung der Kriegsgewinne schon vor Ostern fertiggestellt war, weshalb ist damals nicht verhandelt worden? Durch Schuld der Nationalversammlung, die damals eine Pause eingelegt hat. (Zurufe links: Wir haben protestiert!) Hinsichtlich der Abwanderung des Kapitals nach dem Auslande habe ich alles getan, was zu machen war und keinen brauchbaren Vorschlag gehört, der über meine eigenen Maßnahmen hinausgegangen wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Aber sollte ich eine chinesische Mauer um Deutschland ziehen? Es standen nicht einmal genug Truppen zur Verfügung, um alle Posten zu besetzen, deren Beobachtung ich verlangt hatte. Abgesehen davon, daß ich nichts unternehmen konnte gegen die durch die Truppe betriebenen Durchstechereien und gegen die Flugzeuge, die über die Grenze flogen. (Lebh. Zustimmung b. d. Dem., Lebh. Bewegung.) Welche schwere Bedenken bei der Stempelung der Banknoten entstanden, ist dem Abg. Keil bekannt, abgesehen von allen bisherigen Ausführungen bin ich der vielleicht veralteten Meinung, daß ein so ungeheurer Eingriff in das Wirtschaftsleben sorgfältige Ueberlegung verlangte und nicht übers Knie gebrochen werden dürfte. (Lebhafte Zustimmung.) Unser Wirtschaftsleben findet sich mit dem schwersten ab, es muß aber nicht immer wieder Experimenten ausgesetzt werden, sondern wissen, was es tragen soll, damit es sich darauf einstellen kann.

Der Reichsfinanzminister hat recht: die erste Voraussetzung für einen Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens ist eine gesunde Finanzgebarung und der erste Schritt dazu die Aufstellung eines grundlegenden, wohldurchdachten Steuersystems; aber ich glaube, er betrachtet selbst diese Vorlage nicht als ein solches grundlegendes Steuersystem, denn was uns hier geraten wird, ist nichts weiter als eine Zusammenstellung von höchst disparaten Steuergesetzen, ist im Grunde genommen nichts weiter als eine Weiterführung und Ausgestaltung, ist vielleicht der Schlußstein der früheren Finanzgebarung, die man allerdings ebenso gut als Finanzmisere bezeichnen könnte. Auch fehlt bisher noch völlig eine genaue Aufstellung der Voraussetzungen, mit denen wir zu rechnen haben. Wir müssen genau, nicht bloß in runden Zahlen wissen, was wir schuldig sind, wie unglücklich und wie unzulänglich die Finanzgebarung während des Krieges gewesen ist, zeigt sich am deutlichsten auf dem Gebiete der Kriegsgewinnbesteuerung, die nunmehr durch zwei Gesetzentwürfe zum Abschluß gebracht werden soll, darin, daß man die beiden Gesetze vor ihrer Einbringung veröffentlicht. Der schwerste Vorwurf, der gegen das alte Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe zu erheben war, war der, daß dadurch nur das Vermögen, nicht auch das Einkommen herangezogen wurde. Erst nach schweren Kämpfen ist es 1918 gelungen, dem Bundesrat dieses Zugeständnis abzuringen. Die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs schließt sich nicht nur zeitlich an das frühere Gesetz an, sondern es betrachtet, da es nunmehr einen fünfjährigen Zeitraum umfaßt, die Periode des alten Gesetzes gewissermaßen nur als eine Abschlagszahlung. Vermißt habe ich in dem Entwurf eine Bestimmung, daß der Ertrag dieses Gesetzes lediglich zur Deckung der Schuld des Reichs bestimmt ist. Die Höhe der Sätze gibt jedem Steuergesetz ein anderes Aussehen, weil sie je nachdem das Wirtschaftsleben bedeutsam beeinflußt. Der Sparer darf nicht ebenso behandelt werden, wie der Schieber und Schleichhändler. Bei der Besteuerung der Vermögen ist auch in gewissem Rahmen die Entwertung des Geldes zu berücksichtigen. Bezüglich der Spielkartensteuer meine ich, daß es himmelschreiend ist, daß der Staat dem Spielunwesen nicht entgegenzutreten vermag. Ohne große indirekte Steuern werden wir nicht auskommen, bei der Gelegenheit aber zugleich die Frage der Erhebung der Zölle in Gold prüfen müssen. Der Finanzminister flüstert mir eben zu, daß hierüber ein Gesetz bereits auf dem Wege ist. Wir müssen sparen und vor allem bei allen Beamtenstellen sorgfältig prüfen, ob sie wirklich unumgänglich notwendig sind. Das Kapital dürfen wir bei der Besteuerung nicht zerstören, sondern wir müssen dafür sorgen, daß möglichst viel Kapital erzeugt wird, um unsere Wirtschaft wieder hochzubringen. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Wir werden ausschöpfen, was nottut, aber ohne Schaden für die Gemeinwirtschaft. Gegen die Steuerunehrlichkeit müssen wir alle Mittel anwenden, besonders durch Vervollkommnung des Veranlagungsapparates. Die Auskunftspflicht der Banken und Sparkassen muß international geregelt werden, sonst geht das verheimlichte Vermögen in die Banken von Holland und der Schweiz. Die anderen Staaten haben selbst an dieser internationalen Vereinbarung ein Interesse, weil wir unseren Verpflichtungen nicht nachkommen können, wenn wir nicht Steuern einziehen. Wir müssen und wollen die Lasten tragen, können sie aber auch tragen, wenn sie sich in vernünftigen Grenzen bewegen und verteilt werden nach Maßgabe der Kräfte. (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt Vertagung ein. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Entwurf des Gesetzes über den Friedensschluß. Petitionen zur Friedensfrage.

Der Präsident macht einige Mitteilungen über den Arbeitsplan in der nächsten Zeit. Daraus ist hervorzuheben: Mittwoch nachmittag 3 Uhr Beendigung der ersten Beratung der Steuervorlagen, Siedlungsgesetz. Die für Donnerstag dieser Woche beabsichtigt gewesene große politische Aussprache wird um acht Tage verschoben.

Schluß: 7 Uhr 16 Minuten.

Vertagung der Programmrede Bauers.

Ungeklärte Lage im Kabinett.

Die für Donnerstag geplante große Programmrede des Ministerpräsidenten Bauer wird, wie die P. P. N. erfahren, an diesem Tage nicht gehalten werden. Es ist indessen anzunehmen, daß die Verschiebung nur von ganz kurzer Dauer sein wird. Die große Arbeitsüberlastung der letzten Tage ließ nicht zu, daß alle Fragen im Kabinett schon jetzt so geklärt werden konnten, wie es wünschenswert ist. Gerade im gegenwärtigen Augenblicke stehen die wichtigsten Probleme der inneren und äußeren Politik zur Entscheidung: Die Durchführung des Friedensvertrages, die soziale Beruhigung, die Ordnung der Finanzen und natürlich auch die Festlegung der künftigen Wirtschaftspolitik, in der sich bekanntlich verschiedene Strömungen kreuzen.

WTB **Weimar**, 8. Juli.

Die für Donnerstag erwarteten programmatischen Erklärungen des Ministerpräsidenten Bauer und des Reichsministers des Auswärtigen Müller werden erst am Montag oder Dienstag der kommenden Woche abgegeben werden.

Proportionalwahl in Frankreich.

Versailles, 8. Juli.

Die Kammer nahm gestern mit 334 gegen 121 Stimmen die Wahlreform nach dem vom Senat abgeänderten Text an, durch die die Listenabstimmung mit Verhältniswahl eingeführt wird. Als

(Hierzu 2 Beilagen.)

Verantwortliche Leiter: für den Handelsteil Dr. Hugo Pratsch Berlin-Niederschönhausen; für den politischen Teil: Inneres P. Steinborn, Schöneberg; Aeußeres Dr. R. Jügler, Schöneberg; für Kunst, Wissenschaft und den übrigen redaktionellen Teil Franz Köppen, Berlin-Tempelhof. Für den Inseratenteil verantwortlich: Heinrich Mengiewsky, Berlin-Charlottenburg.
Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W. 8, Kronenstraße 37.

Reichshallen-Theater.
Gastspiel der Dresdener
Victoria-Sänger
Anfang 7½ Uhr

Ab 1. August wieder
Stettiner Sänger

Reichshallen-Garten und Saal:
Dönhoff-Brettl
Erstklassige Spezialitäten und Cabaretnummern!
Halmer's Solisten-Orchester
Anfang 7½, Sonntags 5 Uhr

Admirals-Palast.
Die Arena bleibt bis Freitag geschlossen.
Sonnabend, 12. Juli:
Erster Tag der großen Internat. Ringkämpfe.

APOLLO
Friedrichstr. 218.
Dir. James Klein.
Täglich 7¾ Uhr, Sonntags 3½ und 7¾.
12 Sensationen
Varieté-Programm.

Bankdirektor a. D., Ende Vierzig., m. langjähr. Praxis i. In- u. Ausl., sucht neuen Wirkungskreis. Interess. woll. zwecks Erhalt näherer Angaben Adresse aufgeben unter N. 762 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. (20091)

Preuss.-Südd.
Klassenlose
Ziehung 1. Klasse 14. u. 15. Juli
Preise pro Klasse:
Achtel Lose M. 5.25
Viertel „ „ 10.50
Halbe „ „ 21.—
Ganze „ „ 42.—
Ludwig Müller,
Lotterie-Einnehmer,
Berlin W. 56,
Werderscher Markt 9.
Postscheck-Konto 31088.

Juwelen
Brillanten, Perlen
kauft zu hohen Preisen
BALISCHANSKY
Friedrichstr. 155, gegenüber dem Victoria-Café.
Ztr. 1080.

Die Gabe der
gewandten Unterhaltung
M. 3.20. Guter Ton und feine Sitte, Geschenkwerk 5.50. Mod. Tanzlehrbuch 3.35. Bekämpfung der Schüchternheit 3.35. Die Kunst des Gefallens 6.10. Liebesbriefsteller 3.20. Moderner Weg zur Ehe 3.35. Jede Dame ihre Friseurin 3.10. Traumbuch 2.65. Klavierschule 7.40. Violinschule 6.50. Zeichenschule 2.—. Schönschreibschule 4.—. Privat- u. Geschäftsbriefsteller 5.50. Rechtschreibung Duden 6.50. Aufsatzschule 5.75. Fremdwörterbuch 5.75. Richtig Deutsch 5.75. Englisch 5.75. Französisch 5.75. Italienisch 5.75. Böhmisch 5.75. Ungarisch 5.75. Polnisch 5.75. Russisch 5.75. Spanisch 5.75. Buchführung 5.75. Handelskorrespondenz 5.75. Kontorpraxis 5.75. Bankwesen 5.75. Rechtsformularbuch 5.75. Reklamelehrbuch 5.75. Handbuch für Kaufleute 15.—. 1000 chem.-techn. Rezepte zu Handelsartikeln 6.—. Gartenbuch 5.75. Schlipf's preisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft 13.35. Gegen Nachnahme L. Schwarz & Co., Berlin A. D. 14, Annenstraße 24. (2073-78)

Zur Herstellung von
Drucksachen
für jeden Bedarf
empfiehlt sich die
Berliner Börsen-Zeitung
W. 8, Kronenstr. 37
Telefon: Zentrum 2488
Schnellste Lieferung :: Solide Preise

Um Wilhelm II.

Der Prinzgemahl von Holland gegen die Auslieferung.

Amsterdam, 8. Juli.

Ein Korrespondent der „Daily News“ hatte eine Unterredung mit dem holländischen Prinzgemahl, worin dieser auf die Frage, was Holland tun würde, wenn 23 bis 24 Mächte eine Note unterzeichneten, in der die Auslieferung des früheren Kaisers verlangt würde, antwortete: „Ich weiß nicht, was Lloyd George bezweckt. Deutschland hat das Versprechen unterzeichnet, den früheren Kaiser und die anderen Persönlichkeiten dem Gerichtsverfahren auszuliefern, und wenn Deutschland die Auslieferung von Holland fordert, so sind wir dazu verpflichtet.“

Prinz Heinrich bestreitet auch, daß er eine Unterredung mit dem deutschen Kronprinzen hatte, und daß der letztere gebeten habe, in Holland bleiben zu dürfen, wie die Ententeblätter behaupten.

Auch Prinz Heinrich von Preußen stellt sich zur Verfügung.

TU Hamburg, 8. Juli.

Prinz Heinrich von Preußen hat an den König von England folgendes Telegramm gesandt:

Sr. Majestät dem König von England, Buckingham-Palast, London.

Im Namen der Gerechtigkeit bitte ich Eure Majestät, von der Auslieferung Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm Abstand nehmen zu wollen. Ich, der ich nach Rücksprache mit Eurer Majestät in London am 26. Juli 1914 nach Deutschland zurückkehrte und bis zum Ausbruch der Mobilmachung bei unserem Kaiser verweilte, bin Zeuge, wie der Kaiser und seine Ratgeber bemüht waren, mit allen nur erdenklichen Mitteln einen Krieg als Unheil für die Menschheit abzuwenden. Die aller Wahrheit zum Trotz jahrelang ausgesprengten Verleumdungen über den deutschen Kaiser zu widerlegen, bin ich bereit und ich stelle mich Eurer Majestät zur freien Verfügung, um Eurer Majestät behilflich zu sein, die Wahrheit über die Kriegsursachen und deren Folgen an das Licht zu bringen.

Einmütiger Widerspruch gegen den Kaiserprozeß.

Amsterdam, 8. Juli.

„Daily News“ bringt einen Brief zu den beabsichtigten Verhandlungen gegen den Kaiser und die deutschen Offiziere, in dem es mit Bezug auf Lloyd Georges Worte: „Wir müssen zeigen, daß wir ein zivilisiertes Volk sind“, heißt: Wenn die Schuldigen vor einen Gerichtshof gestellt würden, in dem die Feinde der Deutschen zugleich Ankläger, Richter und Strafvollstrecker wären, so würde das eine Verhandlung sein, in der Richter Lynch den Haupteinfluß ausübte.

Amsterdam, 8. Juli.

Dem „Algemeen Handelsblad“ zufolge schreibt der „Manchester Guardian“, ein gerichtliches Verfahren gegen den früheren deutschen Kaiser würde ihn nur zum Märtyrer machen und ihn der Vergessenheit entreißen. Der Gerichtshof, den man einsetzen wolle, werde kein Vertrauen einflößen, und sein Urteil werde keinen Respekt erzeugen. Das Beste wäre, wenn die niederländische Regierung sich, wie zu erwarten, weigerte, dem Druck von außen nachzugeben.

„Westminster Gazette“ schreibt, der Kaiser und der Kronprinz halten sich als Fremde in einem neutralen Staate auf und haben die Freiheit, abzureisen, wann sie wünschen. Holland sei jahrhundertelang zahllosen Flüchtlingen jeder Nationalität Zufluchtsstätte gewesen, und dieses Asylrecht sei durch die Geschichte geheiligt. Holland werde seine schließliche Entscheidung in Übereinstimmung mit seinen Pflichten als unabhängiger Staat und mit seiner nationalen Ehre und Würde sprechen.

Ein politischer Mitarbeiter des radikalen „Star“ schreibt, um den Kaiser in die Hände zu bekommen, würde es notwendig sein, auf Holland einen Zwang auszuüben, damit es ihn ausliefere. Es sei undenkbar, daß die Königin der Niederlande mit einem deutschen Prinzgemahl den Kaiser ausliefert, wenn sie nicht gezwungen werde. Der Völkerbund würde also damit beginnen müssen, in denkbar drastischer Weise die Unabhängigkeit der kleinen Völker zu verletzen.

Ungemischte und gemischte Justizmordkommissionen.

Amsterdam, 8. Juli.

In der „Times“ vom 5. d. M. schreibt der parlamentarische Korrespondent: Es werden zwei Arten von Militärgerichtshöfen eingesetzt. Die Personen, die wegen Verbrechen gegen Angehörige eines der alliierten Länder angeklagt sind, werden vor die Militärgerichtshöfe dieser Macht gestellt werden. Personen, die Verbrechen gegen die Angehörigen mehrerer Länder der Alliierten beschuldigt werden, werden vor gemischte, aus Mitgliedern der Militärgerichtshöfe der betreffenden Mächte zusammengestellte Militärgerichtshöfe kommen. Jeder Angeklagte wird das Recht haben, seinen Verteidiger zu wählen. Dem britischen Gerichtshof wird man freistellen, auch in Frankreich oder Flandern wegen der dort ansässigen Zeugen Sitzungen abzuhalten. Der interalliierte Militärgerichtshof wird seinen Sitz wahrscheinlich in Paris haben.

Dauernde Ausstände im besetzten Gebiet.

Französische „Solidarität“.

Bern, 8. Juli.

Der Basler „Vorwärts“ erfährt aus Mülhausen i. E., daß aus wirtschaftlichen Gründen in Mülhausen, Colmar, Straßburg und Metz besonders bei den Elektrizitätsarbeitern, ferner in den elsaß-lothringischen Erz- und Kohlengruben und im rheinischen Industriegebiete dauernd Ausstände herrschen und die gewerkschaftlichen Verbände Arbeiter und Angestellte zur Unterstützung der Ausständigen auffordern. Die französischen Gewerkschaftler hätten bisher keinerlei Geldunterstützung gewährt und auf wiederholte Bitten geantwortet, die französischen Gewerkschaften hätten für Streikunterstützungen kein Geld. Infolgedessen sei der früheren Begeisterung für die französischen Gewerkschaften eine starke Ernüchterung gefolgt.

Die blutigen Zusammenstöße in Fiume.

Bern, 8. Juli.

Nach einem Bericht des „Corriere della Sera“ wurden am Sonntag abend bei den Zusammenstößen in Fiume sieben Franzosen auf offener Straße nach heftiger Gegenwehr niedergemacht. Eine Anzahl französischer Kolonialsoldaten wurde von den Italienern gefangen abgeführt. Die italienischen Blätter enthalten sich vorläufig noch eigener Kommentare, geben aber französische Blätterstimmen wieder, die für General Savy Partei nehmen und alle Schuld auf die Italiener schieben.

Bern, 8. Juli.

Die Verordnungen über die Herabsetzung der Lebensmittelpreise haben in Italien den erwarteten Erfolg nicht gehabt. Nach kurzen Zeitungsberichten wiederholten sich die Ereignisse der letzten Tage an vielen Orten. Ruhe herrscht nur in den Städten mit genügend starken Besatzungen. An vielen Orten wurde aufs neue der Generalstreik erklärt. Die Unruhen führen überall zu ausgedehnten Plünderungen und Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht. In Genua stürmte die Menge ein Polizeigebäude wobei eine Person getötet und 30 verwundet wurden. In Neapel ruht der Hafenbetrieb. Hier wie in Catania, Bari und Toronto wurden viele Geschäfte geplündert und Schiffe am Ausfahren gehindert. In Rom kam es zu vereinzelten Tumulten. Die Polizei will in Rom ein anarchistisches Komplott entdeckt haben, daß die Beschaffung von Waffen und Munition für einen Handstreich auf die öffentlichen Gebäude bezweckte.

Kleine Nachrichten.

Die „Zeit“ bewundert das Anerbieten Hindenburgs an Foch und schreibt: Alle Kundgebungen Hindenburgs zeigen immer wieder einen jener Charaktere, die Deutschlands Stolz ausmachen. Als alles fahnenflüchtig wurde, blieb er fest. Wenn alle untreu werden, er bleibt treu.

•

Wie die „P. P. N.“ erfahren, ist der englische Journalist Price am Dienstag nachmittag aus der Haft entlassen worden.

•

„Morning Post“ meldet, daß in England frisch von Deutschland eingeführte Solinger Scheren verkauft würden, Sheffield liefere Perlmutter und Elfenbein für Messergriffe nach Solingen.

•

Gegenüber den irreführenden Darstellungen der „Freiheit“ muß erneut darauf verwiesen werden, daß es zweifellos feststeht, daß die Regierungstruppen in Hannover in der Dunkelheit von einer größeren Menschenmenge angegriffen worden sind und in der Notwehr mit vollem Recht gefeuert haben. Sie brauchten einen Befehl dazu nicht abzuwarten, sondern durften sich auch ohnedies gegenüber dem Angriff durch Anwendung der Waffengewalt verteidigen.

•

Der italienische Nationalrat in Fiume verlangte im Rom die sofortige Abberufung der französischen Besatzung, um weitere Zusammenstöße zu vermeiden.

Die Magistratsangestellten und der Fall Emonts.

In der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte am 1. Juli hatte ein Arbeiterrat der Hilfsangestellten des Berliner Magistrats mitgeteilt, daß die 13 000 Hilfskräfte des Magistrats durch ihren Zentralausschuß beschlossen hätten, in einen Sympathiestreik für die Bankbeamten anläßlich der Verhaftung des Bankbeamtenführers Emonts einzutreten. Diese Mitteilung veranlaßte eine ganze Reihe von Ausschüssen der Hilfskräfte zu der öffentlichen Erklärung, daß sie diesen Beschluß, der ohne ihre Befragung zustandegekommen sei, auf das entschiedenste mißbilligten. Nunmehr nimmt der Zentrale Ausschuß der Hilfskräfte des Magistrats zu dieser Angelegenheit Stellung. Er verbreitet auf Grund einer in der Vollversammlung der Vertrauensleute der Angestelltenausschüsse der Hilfskräfte bei 9 Stimmenthaltungen und gegen nur 1 Stimme angenommenen Resolution eine offizielle Erklärung, in der es u. a. heißt: Die Vertrauensleute stellen sich nach Darlegung des Sachverhaltes bezüglich der Streikproklamation des Zentralausschusses im Falle Emonts auf den Standpunkt, daß sie das Vorgehen des Zentralausschusses nicht nur billigen, sondern für richtig halten und aus taktischen Gründen gut heißen. Die Vertrauensmänner stehen geschlossen hinter dem Zentralausschuß und sprechen ihm ihr vollstes Vertrauen aus. Sie erheben schärfsten Protest gegen die Bestrebungen einzelner Dienststellen, eine Trennung in der Organisation zu erwirken, durch die die Einheitsfront gegenüber dem Arbeitgeber durchbrochen wird, mittelst der gegenwärtig allein die wirtschaftliche Besserstellung der Hilfskräfte erzielt werden kann.

Handwerker- und Mittelstandsfragen.

Preußische Landesversammlung.
41. Sitzung vom Dienstag, den 8. Juli 1919.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Auf die Anfrage des Abg. Grafen von Kanitz (Dnatl. Vp.), was geschehen werde, um die im besetzten Rheinland durch die Besatzungstruppen der Entente schwer geschädigten Landwirte zu unterstützen, wird von einem Regierungsvertreter erwidert: das Staatsministerium habe den neuernannten Staatskommissar für das besetzte Gebiet beauftragt, alles zu tun, um weitere Schädigungen zu verhindern, und habe auch den Reichsernährungsminister ersucht, soweit möglich, durch Lieferung von Futtermitteln einen Ausgleich herbeizuführen.

Darauf wird die Aussprache über die Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt.

Abg. **Esser** (Zentr.): Keinem anderen Erwerbszweig hat das Hindenburg-Programm soviel zugemutet, als gerade dem Handwerk. Das Auswachsen der Revolution zu einer schrankenlosen Lohnbewegung, die Arbeitslosigkeit und das Streikfieber haben dem deutschen Wirtschaftsleben mehr Schaden zugefügt als selbst der Krieg. Die Sozialisierung kann das Handwerk bis zu einem gewissen Grade mitmachen, aber alles Experimentieren muß vermieden werden. Gegen die Kommunalisierung wird das Handwerk sich wehren, wenn sie nur mit Preisgabe der selbständigen Existenz des einzelnen Gewerbetreibenden durchzuführen ist.

Abg. **Conradt** (Dnat.): Wir sind gegen die Planwirtschaft, weil sie das Handwerk schädigen würde. Wir haben genug von den Reichswirtschaftsstellen, die man im Volksmunde Verwirtschaftsstellen nennt. (Sehr richtig rechts.) Durch sie sind die Waren ungeheuer verteuert worden. Wohin man mit diesem System kommt, das haben die Zustände bei den Heereswerkstätten gezeigt. Ein besonderes Handwerksministerium ist nicht notwendig, aber im Ministerium für Handel und Gewerbe muß eine besondere Stelle geschaffen werden, die sich nur mit Handwerkerfragen befaßt. Der Beirat ist nur eine Abschlagszahlung.

Abg. **Tegeder** (D. Vp.): Es ist außerordentlich schwierig, auf dem Trümmerfelde, dem wir uns gegenübersehen, etwas Neues zu errichten. Mit der Planwirtschaft ist eine Gesundung der Verhältnisse nicht herbeizuführen. Wir dürfen an die Sozialisierungsfragen nur mit der größten Vorsicht herangehen. Der Redner fordert weitgehende Mittelstandsfürsorge.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr, Weiterberatung. Schluß 6½ Uhr.

Gross-Berlin

— **Zu dem Kapitalverbrechen in der Reichenberger Straße** wird uns weiter berichtet, daß die schwerverletzte Verkäuferin des ermordeten Fischhändlers Günther, Frau Elisabeth Mrzyk, bereits gestern von der Kriminalpolizei im Krankenhause kurz vernommen werden konnte. Nach deren Angaben hat sich das Verbrechen wie folgt abgespielt:

Gegen 1 Uhr nachts hörte sie ein Geräusch, das anscheinend aus dem Laden kam. Sie horchte eine Weile, schlief dann aber, als sie nichts weiter hörte, wieder ein. Kurz vor 3 Uhr erwachte sie plötzlich, als die Tür, die vom Laden nach der Stube führte, geöffnet wurde und eine große dunkle Gestalt eintrat. Sie weckte jetzt den immer noch schlafenden Günther, der sofort aus dem Bett sprang und dem Manne entgegentrat. Kaum hatte er sich jedoch erhoben, als ein Schuß krachte und der Fischhändler zusammenbrach. Nun schlug der Mann mit einem Instrument mehrmals heftig auf den am Boden Liegenden ein, sodaß das Blut aus mehreren Kopfwunden floß und der Ueberfallene bald regungslos dalag. Als Frau Mrzyk laut um Hilfe rief, richtete der Mörder seine Waffe auf diese. Ein Schuß traf auch sie in die Brust, wirkte jedoch nicht tödlich. Nun fiel der Täter über sie her und schlug ebenfalls mit dem Werkzeug auf sie ein. Frau Mrzyk setzte sich jedoch energisch zur Wehr. Es entspann sich ein heftiger Kampf, der dann von der Hauswirtin gehört wurde. Nun ließ der Verbrecher von seinem zweiten Opfer ab und ergriff die Flucht.

Die Ermittelungen haben ergeben, daß es sich doch wahrscheinlich um einen Raubmordversuch handelt. Günther machte auch Schleichhandelsgeschäfte, und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Täter unter den zweifelhaften Personen zu suchen ist, mit denen er bei diesen Geschäften in Berührung gekommen ist. Wahrscheinlich hatte dieser vermutet, daß Günther große Geldsummen bei sich in seiner Stube hatte, und es darauf abgesehen. Er wird wohl nicht erwartet haben, daß die Verkäuferin bei ihm war, und damit gerechnet haben, ihn allein anzutreffen. Durch das Dazwischentreten der Frau Mrzyk ist dann sein Plan der Beraubung gescheitert. Im Laufe des gestrigen Tages wurden eine ganze Reihe von Zeugen vernommen, auch die Frau des Ermordeten. Bisher ist jedoch noch keine Spur von dem flüchtigen Mörder gefunden worden.

— **Die Ausgestaltung des Platzes vor dem Potsdamer Bahnhof.** Schon vor dem Kriege war die Beseitigung des früheren Friedhofes in der Königgrätzer Straße, vor dem Potsdamer Bahnhofe geplant, der immer anwachsende Verkehr läßt die letzte Friedhofsecke als ein arges Verkehrshindernis erscheine. Zur Durchführung der Ausgestaltung des Platzes vor dem Potsdamer Bahnhof war seitens der Eisenbahnverwaltung ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen ausgeschrieben worden, der jedoch nicht zur Entscheidung kam, weil inzwischen der Krieg ausbrach. Nunmehr hat die Eisenbahnverwaltung den Plan wieder aufgegriffen und unter Beibehaltung des ursprünglichen Programms für den Wettbewerb, der Freilegung des Bahnhofes unter wirtschaftlicher Ausnutzung des Raumes durch eine geeignete Baulichkeit, einen neuen Endtermin für die Einreichung der Arbeiten zum 1. Oktober festgesetzt.

— **Förderung des Kleinwohnungsbaues durch Hypothekenbanken.** Zur Förderung des Kleinwohnungsbaues sind auf Anregung des Staatskommissars für das Wohnungswesen 14 deutsche Hypothekenbanken, darunter sechs mit dem Sitz in Berlin, dahin übereingekommen, einen Betrag von 50 Millionen Mark für Hypotheken bei einer Verzinsung von 4,5 pCt. und Tilgung von 0,5 pCt. ohne jede weiteren Unkosten, also auch unter Verzicht auf die Erstattung des Reichspfandbriefstempels, zur Verfügung zu stellen. Die Hypothekenbanken haben aus ihrem Kreise einen Ausschuß bestellt, der die Verteilung eingehender Kapitalnachfragen auf die einzelnen Institute übernimmt. Die Beträge sollen nicht nur dazu dienen, um die erststellige Beleihung, die nach dem Hypothekenbankgesetz bis 6/10 der Taxe gehen kann, zu gewähren, sondern auch darüber hinaus zweitstelligen Kredit zu decken, der unter selbstschuldnerischer Bürgschaft öffentlich rechtlicher Korporationen, also auch des Staates, in Anspruch genommen wird. Die einzelnen Hypothekenbanken behalten sich vor, auf die ihnen zufallenden Beträge diejenigen Beträge in Anrechnung zu bringen, die sie bereits auf Kleinwohnungsbauten bewilligt, aber noch nicht ausgezahlt haben, sofern sie nunmehr auf die neuen günstigeren Bedingungen umgestellt werden. Die Bereitstellung der Beträge soll bis zum 1. Juli 1920 gelten. Von den Berliner Hypothekenbanken kommen folgende in Frage: Preußische Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft, Preußische Pfandbriefbank, Preuß. Bodenkredit-Aktienbank, Preuß. Hypotheken-Aktienbank, Deutsche Hypothekenbank (A.-G.), Berliner Hypothekenbank (A.-G.). Kapitalnachfragen sind an den Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E. V.), Sonderausschuß für Hypothekenbankwesen, in Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 4 II, zu richten.

— **Wohnungsnachweise.** Nachdem der Wohnungsnachweis in Preußen für alle Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohner gesetzlich eingeführt ist und zahlreiche kleine Gemeinden den Nachweis freiwillig eingeführt haben, hat derselbe eine so erhebliche Bedeutung gewonnen, daß die möglichst einheitliche Durchführung des Verfahrens erwünscht ist. Der Staatskommissar für das Wohnungswesen, Scheidt, hat demgemäß einheitliche Vordrucke ausarbeiten lassen, die von den Nachweisen bei An- und Abmeldung von Wohnungen benutzt werden sollen. Außerdem hat er angeordnet, daß die Gemeinden vierteljährlich über die Geschäftsergebnisse der Nachweise berichten. Den Nachweisen ist empfohlen worden, sich auch über die Eignung der bei ihnen angemeldeten Wohnungen zu unterrichten und aus der Vermittlungstätigkeit möglichst solche Wohnungen auszuschalten, deren Zustand sie als zum dauernden Aufenthalt von Menschen ungeeignet erscheinen läßt.

— **Das Kammergericht über die Möbelteuerung.** Ist ein Möbelhändler zur Lieferung vor dem Kriege bestellter Möbel verpflichtet, nachdem während des Krieges eine so erhebliche Preissteigerung eingetreten ist? Diese für alle Möbelhändler und -käufer wichtige Frage hat das Kammergericht in einer Entscheidung bejaht, die Senatspräsident Dr. Koffka in der „Deutschen Juristenzeitung“ mitteilt. Der Kläger hatte Anfangs Juli 1914 bei der beklagten Möbelfirma die Möbeleinrichtung für ein Speise- und ein Herrenzimmer bestellt, ihr aber am 31. Juli 1914 mitgeteilt, daß er wegen der Mobilmachung den Auftrag nicht aufrechterhalte. Die Möbelfabrik widersprach sofort, erklärte aber, daß sie den Auftrag bis auf weiteres zurückstelle. Bis April 1917 rührten sich die Parteien nicht, dann erklärte die Möbelfabrik, den Auftrag zu annullieren, da sie die Möbel anderweitig habe verkaufen müssen und es jetzt unmöglich sei, andere wieder anzufertigen. Nunmehr bestand aber der Kläger auf Lieferung, wenn auch erst nach Kriegsende. Da die Möbelfirma ihre Verpflichtung hierzu bestritt, hat der Kläger Klage auf Lieferung nach Kriegsende erhoben. Der Klage wurde in beiden Instanzen entsprochen, vom Kammergericht mit einer Begründung, worin es u. a. heißt: Da die Beklagte die für den Kläger hergestellten Möbel im Jahre 1915 anderweit verkauft hat, so hat sie die starke Erschwerung verschuldet und kann sich deshalb nicht darauf berufen. Unmöglichkeit der Leistung liegt auch nicht vor. Die Beklagte muß freilich erheblich höhere Mittel aufwenden, um die Möbel fertigzustellen, als sie bei Annahme der Bestellung vorausgesehen hat. Dies allein schützt sie aber nicht gegen ihre Verpflichtung aus dem Vertrage. (6. U. 4700/18.)

— **Ausdehnung der Hundesperre auf Lichtenberg.** Die im Osten Groß-Berlins bereits angeordnete Hundesperre ist jetzt auch auf den Polizeibezirk Berlin-Lichtenberg, umfassend den Stadtbezirk Lichtenberg und den Gemeindebezirk Stralau, ausgedehnt worden. Sämtliche Hunde müssen bis zum 2. Oktober d. J. festgelegt werden.

— **Im Berliner Schriftsteller-Klub** fand Sonnabend ein geselliger Abend statt, an dem sich trotz der Verkehrsnöte eine stattliche Zahl Mitglieder und Gäste zusammengefunden hatte. Man hörte mit Vergnügen die trefflichen Vorträge des Rezitators O. E. von Bussow und freute sich, neben der Sopranistin Annie Wedermann insbesondere die Bekanntschaft der bemerkenswert begabten Altistin Gretel Karas zu machen. Und da man keine Sorge zu haben brauchte, daß die letzte Elektrische vor der Nase fortfuhr, blieben Mitwirkende und Gäste bis in die späten Abend- oder vielmehr Morgenstunden in angeregter Unterhaltung beisammen.

Sport

Die Rennen zu Grunewald

brachten gestern gutbesetzte Hindernis- und Flachrennen. In der Hauptnummer, dem Graditz-Rennen, führte Wellenbrecher in schneller Fahrt bis in die Mitte der Geraden, wo Humbug mit ihm aufschloß und Exzelsior aufrückte. In der Distanz hatte Humbug Wellenbrecher abgeschüttelt, erlag dann aber einem Angriff von Exzelsior um einen Kopf. Das Birken-Jagd-Rennen brachte dem Stall Gilardone durch den Sieg von Feierabend eine Entschädigung für die Niederlage des Stallgefährten Galant im Großen Prüfungs-Preis; Feierabend führte vor Ehrengard, die aber an der Nordhecke stürzte. Im Einlauf ging Feierabend an die Spitze und gewann leicht gegen Wolpote und Favoritin. Der Favorit Lüttich wurde lahm. Das Wald-Jagd-Rennen holte sich der durchweg führende Savoyard gegen die im Endkampf wegbrechende Nike. Im Steher-Ausgleich bildete Radom vor Rosenkönig, Hunne und Grodno über den größten Teil des Weges das Vordertreffen. Im Einlauf schob sich das Feld dicht zusammen. Einen Moment sah Lilienstein wie der Sieger aus. Dann sonderten sich Fürst Popoff, Grodno und Germinal ab. Fürst Propoff gewann zuletzt sicher.

Die Resultate: **Orelio-Rennen.** 8000 Mk. 2000 m. 1. M. Balzers Gratulation (Kränzlein). 2. Sternrose (Schütte). 3. Belladona (Saria). Tot. 168:10. Pl. 35, 14, 24:10. Unpl.: Irak Arabi (4), Ophelia (5), Heimkehr (6), Sporo, Hyperbel, Galato, Graf, Luna, Talfahrt, Sonnenburg. Leicht 1 — 2 — ½ L. — **Birken-Jagdrennen.** 22 000 Mk. 4000 m. 1. F. Gilardones Feierabend (H. Teichmann). 2. Wolpoto (Krattiger). 3. Favoritin (O. Bauer). Tot. 31:10. Pl. 16, 66, 19:10. Unpl.: Carlsminde, Milton, Lüttich, Wigamur, Dryade, Ehrengard (gef.). Sehr leicht, 3 — 4 — 11 L. — **Graditz-Rennen.** 27 000 Mk. 1800 m. 1. R. Haniels Exelsior (Janek). 2. Humbug (Rastenberger). 3. Wellenbrecher (Lewicki). Tot. 27:10. Pl. 11, 11, 13:10. Unpl.: Baldur, Fernande, Südtiroler, Hofgunst. Scharfer Kampf Kopf — 2½ — ¾ L. — **Wald-Jagd-Rennen.** Ehrenpreis und 18 000 Mk. 4000 m. 1. R. v. Tepper-Laskis Savoyard (Hr. v. Herder). 2. Nike (Lt. v. Pelzer). 3. Musterknabe (Hr. v. Falkenhausen). Tot. 28:10. Pl. 17, 22, 35:10. Unpl.: Pfau (4), Iris, Christine (5), Fliegender Aar, Charleys Cousin, Onix. Sicher 5/4 — 2½ — 2 L. — **Preis von Iserbrock.** 10 000 Mk. 1400 m. 1. Stall Charlottenhofs Bemlinde (Kaiser). 2. Fransicque (Rastenberger). 3. Flamingo (Ludwig). Tot. 92:10. Pl. 29, 58, 283:10. Unpl.: Carola, Gebhard, Habemut, Marschallin, Halt, Pinsk, Schützling, Orientalin, Reif, Rival, Götz, Quecke, Mondnacht, Glückauf, Morava II, Ramur, Seidenschwanz, Hanswurst, Ottomane, Düna (4.), Tagedieb. Scharfer Kampf Hals — 1½ — Kopf. — **Steher-Ausgleich.** 27 000 Mk. 3000 m. 1. F. P. Fritsche's Fürst Popoff (Olejnik). 2. Germinal (Wermann). 3. Grodno (Preisler). Tot.: 92:10. Pl. 32, 51, 20:10. Unpl.: Lilienstein, Sorapis, Cormoran, Radom, Strolch, Hunne, Silberkugel, Königstein, S. M. S., Segantini (4), Falke, Rosenkönig. Sicher 1 — Kopf — ¾ Lg. — **Oder-Jagd-Rennen.** 10 000 Mk. 3500 Meter. 1. G. Cramers Seydlitz (Matz). 2. Unverzagt (Krattiger). 3. Cunewäre (Schult). Tot. 116:10. Pl. 38, 28, 81:10. Unpl.: Schipper, Flandern (4), Künstelei, Infamie (ausgebr.), Komeika, Aar, Major Rosy, Schanze, Rotdorn (gef.), Elsaß (ausgebr.), Stafette, Bennewar. Sehr leicht 6 — 1 — Kopf. — **Walburg-Rennen.** 10 000 Mark. 1600 m. 1. Gest. Graditz's Sturmflut (Kaiser). 2. Seigneur (Olejnik). 3. Blindgänger (Schläfke). Tot. 31:10. Pl. 14, 18, 15:10. Unpl.: Reinfall, Göbert, Deinhard, Polonia, Falkenhahn, Fema, Stella II, Edith (gef.), Liebermann, Nertus, Schlange (gef.), Dardanos (4), Feuersnot (gef.), Rocamadour, Theleme. Sicher ½ — 2 — 3 L.

*

Die Eintrittsgelder bei den gestrigen Rennen zu Grunewald beliefen sich auf 100 000 Mk. Am Totalisator wurden insgesamt 3 974 905 Mk. umgesetzt.

*

Exzelsior wurde nach seinem Siege im Graditz-Rennen gestern zu Grunewald von Herrn R. Haniel zu 100 000 Mk. an den Stall Bollensdorf verkauft.

— **Bestrafte Herrenreiter.** Rittm. v. Platen, Hr. v. Herder und Lt. Schmidt wurden wegen Einschlagens einer falschen Bahn im Alten Hamburger Jagd-Rennen am Sonnabend zu Grunewald mit je 500 Mk. in Strafe genommen. Hr. H. Dührissen, der Besitzer des Siegers Grazioso, wurde mit 1000 Mk. bestraft, weil er keine Erklärung abgegeben hatte, mit welchem Pferde, Grazioso oder Cerberus, er gewinnen wollte, und weil diese nicht gegeneinander ausgeritten worden waren.

Kunst und Wissenschaft

Leo Sternberg — eine Entdeckung.

Seit fast vier Jahren schlief irgendwo auf einem meiner Bücherschragen mit anderen ungelesenen Werken ein Bündel Bücher, das mir damals zur Besprechung zugegangen war. Es hatte sich nicht gemacht, daß ich zum Lesen kam, und ein besonderer Reiz dazu lag nicht vor. Und erst ein Großreinemachen unter den Kriegsrückständen spülte mir neulich die Packung wieder in die Hände. Leo Sternberg — ich erinnerte mich dunkel, den Namen zuweilen in Zeitungen und Zeitschriften, besonders meiner rheinischen Heimat, gelesen zu haben, auch, daß er wohl mit Achtung erwähnt war. „Der Venusberg, rheinische Geschichten" — „Gott hämmert ein Volk" — „Der Heldenring, Balladen" — „Im Weltgesang" — — ich blättere zerstreut, blättere weiter, sammle mich, bin ganz Aufmerksamkeit und Andacht. Und der Morgen findet mich noch beim Lesen, wie es der Abend getan hatte.

Nichts Schöneres gibt's für einen Kritiker, als sich begeistern zu dürfen. Und für andere ein Wegweiser sein zu dürfen zu froh entdeckten Schätzen. So geht mir's nun bei Leo Sternberg, den ich nicht kannte, persönlich auch jetzt nicht kenne, von dem ich bisher, wie gesagt, kaum den Namen gehört hatte.

Seltsam genug, daß es so war und ist. Um so seltsamer noch, als doch seine Werke bei einem unserer vornehmsten Verleger (P. Behrs Verlag, Friedrich Feddersen, Berlin-Steglitz) erschienen und in einer Weise ausgestattet sind, die uns nach den Büchermarkt-Erfahrungen der letzten Monate geradezu märchenhaft anmutet, aber auch in den Zeiten der Bugra als mustergültig hätte bezeichnet werden müssen. Ob's daher kommt, daß der Dichter, wie mir Kürschners Literatur-Kalender sagt, in einem kleinen Orte seiner Heimatprovinz (in Rüdersheim a. Rh.) wohnt, und nie in einem Brennpunkt des Schrifttums gesessen hat, wo bekanntlich auch Frau Fama haust?

Der Band „Venusberg" enthält zehn Meisternovellen, Leckerbissen feinster Erzählerkunst. Freilich — Kaviar für's Volk. Das sind nicht Anekdoten mit leicht verständlicher Pointe, keine Geschichten interessanter äußerer Vorgänge, sondern hauchzarte Seelenspiegelungen, leise klingende Harmonien von Quellenrieseln und Herzblutrauschen, behutsame Andeutungen, irdische Symbole für Un- und Überirdisches. Wie eine Vision zum Beispiel, wie die „Weihe am mystischen Quell" wirkt es, wenn der Dichter den Jüngling-Mann Bismarck, der in Frankfurt tatenfiebrig seine Ernennung zum preußischen Gesandten beim Bundesrat erwartet, im nächtlichen, mondlichtübersilberten Rhein sich durch ein Bad wie durch eine Taufe für seine große Zukunft segnen läßt. Der ewige Kreislauf des Lebens wird in irgendeinem ganz schlichten Menschenschicksal wie in einer Nußschale, die Glückseligkeit der Einheit mit der mütterlichen Natur an einem bettelarmen Waldwart gezeigt, dem Seelenleben des heiligen Franziskus von Assisi. „Das gerettete Deutschland" mag uns zur Herzstärkung werden in diesen schweren Tagen, da Haß, Angst und Gier lebendiges Fleisch aus dem schmerzzuckenden Leibe Deutschlands reißen, verheißt es uns doch, daß das Heimatgefühl schließlich triumphiert, daß fremde Herrschaft, die nicht wurzelt im Lande, nicht gedeihen kann. Wie das verheißen wird, das ist die Kunst. Die Heimatliebe erwächst und entströmt der Uferschönheit und dem Wellenfunkeln des Rheines, blüht aus Eichengrün und Rebengerank, leuchtet aus den bunten Farben der Schiffe und Stapel, und ist einfach da, weil der Dichter die Heimat sich offenbaren läßt.

Köstlich edel ist die Sprache der Novellen. Sie ist, um ein Wort Goethes zu verwenden, „eine vollkommene sinnlich Rede". Sie strotzt von Bildern. „Seine Augen freilich", heißt es vom alten Teufelsbanner, „blühten noch immer aus der verdorrten Erscheinung, wie das Wunder, wenn an dem abgestorbenen Holze des schorfigen Apfelbaums plötzlich das rosige Bukettlein des Frühlings aufgeht." „Die Waldschabracke, die über den schmalen Grat der Höhe zottig in die Weinberge hinunterhing" — kann uns das Bild der Rheinuferhöhen knapper und anschaulicher vor die Augen gezaubert werden? Bei einem Gewitter wird vom „glyzinienfarbenen Scheine" der Flächenblitze gesprochen — das ist geschaut, und nachdem wir's gelesen, können wir uns nicht denken, daß sich der Eindruck jener Naturerscheinung anders wiedergeben ließe. Das Ei des Kolumbus.

Was von Sternbergs Prosa gesagt ist, gilt erst recht von seinen Versen. Auch sie sind nicht Alltagskost. Schon nicht wegen der ungefügen Metren, die er liebt, und aus denen sich vornehmlich seine Balladen wie aus Quaderblöcken aufbauen. Es will sogar scheinen, als mache ihm, wenigstens bei der gebundenen Rede, die Form Mühe. Aber das paßt zu dem Ringen um eine Weltanschauung, zu dem Kampfe um ein Weltgefühl. In den Balladen („Der Heldenring") ist oft eigenstes, modernstes Empfinden in Mittelalterlich-Fremdes eingerätselt. Und im „Weltgesang" vollends ist das Wort immer nur Schwelle des Ungesagten.

O, Dunstgestade am Himmelsrand . . .
Ihr sammetschwarzen Inselschatten
der Wälder im zerfließenden Land . . .
Wie sich nun Turm und Tale gatten
zu einem Klang!

Ein dunkler Körper die ganze Welt . . .
Aufrauscht als Stimme aller Dinge
der Wind . . . Was alle Atmenden schwellt,
spannt auf der Riesenwolke Schwinge
sich himmelentlang.

Auch ich entflohen schon in den Raum;
ich fühle kaum mich selbst mir bleiben . . .
Der Geisterheerstrom schleiert von Saum
zu Saum, bis alle mit ihm treiben
im Weltgesang.

Ganz prachtvoll ist auch (oder erst recht) in den Gedichten die Bildhaftigkeit der Worte und Sätze. Sternberg schreibt in Hieroglyphen, die noch nicht zu Buchstaben erstarrt sind.

„Gegenüber stand Prinz Eduard an der Küste sehnsuchtsvoll,
So dicht, daß ihm die Woge bis unter die Füße schwoll.
Und wenn das Meer hinausebbt, zieht ihm Margret das Herz aus der Brust;
Und wenn das Meer sich vollfüllt, füllt ihn Margret mit brausender Lust"

— dies eine Kostprobe von seiner Tafel.

„Der mobile Nußbaum" in den Kriegsdichtungen „Gott hämmert ein Volk" ist eine einzige Reihe von Bildern. Und ist dabei ganz mit Stimmung gesättigt.

Eigenartig ist bei Leo Sternberg alles. Oft Gesagtes sagt er neu. Aber nicht neu durch gekünstelte, gesuchte, geschwollene Form. Nein, ganz schlicht. Zum Beispiel („Der Ritt von Lagarde"):

„Staut einen Wall, Kameraden! Schließt euch zur eisernen Wand!
Hinter uns wie eine Kirche liege das deutsche Land
Im Bezirk des Friedens."

Das erste Stück im Heldenring „Der Erlöser" ist ein Gedicht von der Kraft Dantes; gedankenträchtig wie eine „Faust"-Szene ist die Wechselrede zwischen Venus und Christus im gleichen Bande. „Ans Reich des Ewigen grenzt der Schönheit Land" —.

Kurzum — man blättert und blättert und wird des Lesens nicht müde. Fühlt, daß man an der Grenze steht zwischen der Schönheit Land und dem Reich des Ewigen und freut sich, daß man den Weg gefunden hat.

Arthur Rehbein.

Festfeier im Tonkünstlerverein.

Aus der vergangenen Woche ist nachträglich noch einer musikalischen Veranstaltung besonderer Art zu gedenken. Sie galt dem 75jährigen Bestehen des Berliner Tonkünstlervereins, der dieser Feier den Konzertsaal der Hochschule für Musik zum Schauplatz gegeben hatte. In ihrem Verlauf kennzeichnete sich von neuem die hohe Bedeutung, die der Verein im Laufe der Jahre gewonnen hat. Nach einem Orgelvortrag des Domorganisten Walter Fischer, dem der Madrigalchor des Akademischen Vereins für Kirchenmusik unter der Leitung des Prof. Karl Thiel zwei Fest- und Gedenksprüche von Brahms folgen ließ, nahm Musikdirektor Adolf Göttmann, der sich als langjähriger Vorsitzender durch seine hingebende Tätigkeit die mannigfachsten Verdienste um den Verein erworben hat, das Wort zu einer längeren Festrede, in der er, anknüpfend an die von Dr. Georg Schünemann herausgegebene Festschrift, die in klarster, sachlich-schlichter Darstellung die Genesis und weitere Entwicklung des Vereins schildert, in kurzen Zügen ein lichtvolles Bild von den Schicksalen des Vereins entrollte und dessen Wirken für die Förderung und Hebung des deutschen Musikerstandes wie des musikalischen Lebens überhaupt in fesselnden, überzeugenden Ausführungen darlegte.

Mit Recht hob der Redner hervor, in welch hochherziger Weise der Verein seinen betreffenden Mitgliedern die schweren Lasten der Kriegszeit zu erleichtern bemüht gewesen, wie er unter der Beihilfe der Berliner und Charlottenburger Behörden der von ihm gegründeten Volksbibliothek eine immer wachsende Ausdehnung und Bedeutung zu schaffen verstanden und besonders wie sein tatkräftiges Wirken so manchem unserer zeitgenössischen Komponisten zur Anerkennung verholfen, ein Ziel, dem der Verein auch weiter seine Kräfte widmen werde. Wärmster Beifall der gesamten vielköpfigen Versammlung, der sich neben den Vereinsmitgliedern und zahlreichen hervorragenden Repräsentanten der Berliner Musikwelt auch Vertreter der Berliner und Charlottenburger Behörden zugesellt hatten, lohnte dem Redner, dem mit diesem Beifall wohl zugleich auch eine persönliche Ehrung dargebracht werden sollte.

Nach der Festrede nahm der musikalische Teil der Feier seinen Fortgang. Zum Vortrag gelangten zwei preisgekrönte Kammermusikwerke, das Ergebnis des von dem Verein zu seinem 75. Gründungstage erlassenen Preisausschreibens. Als der Komponist des ersten, eines Quintetts für Flöte, Oboe, Klarinette, Fagott und Horn (mit dem Motto: Con modestà) erwies sich Prof. Ewald Strässer (Köln), der auch in diesem Werke den Meister der Form verrät und durch eine Fülle köstlicher melodischer Eingebungen den einzelnen Sätzen eine tiefere Wirkung zu sichern weiß, ganz besonders dem Andantesatz mit seiner breiten, gefühlswarmen Cantilene. Das zweite Werk, ein Sextett für zwei Violinen, Bratsche, Cello, Klarinette und Baßklarinette (Motto: Finnland) ist eine Arbeit eines jungen Berliner Komponisten Raimund Fassunge, eine in der Form etwas hartkantige und in der Erfindung ziemlich spröde Musik, in der sich jedoch ein bedeutendes Können und ein ernstes künstlerisches Wollen verrät, zwei Eigenschaften, die von der weiteren Entwickelung des jungen Tonsetzers das Beste erhoffen lassen. Beide Neuheiten, die von Mitgliedern der Kammermusikvereinigung der ehemals Kgl. Kapelle in mustergültiger Weise durchgeführt wurden, fanden eine beifällige Aufnahme.

—i.

Paul Deussen †.

In Kiel ist am Montag der berühmte Philosoph und Indologe Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Paul Deussen im Alter von 74 Jahren gestorben. Seine Größe beruhte nicht auf einem gigantischen Schaffen oder einer Umwälzung des Gedankens, sondern darauf, daß er die tiefsten Wahrheiten, die je aus Menschen Mund gekommen, gesammelt, verarbeitet und zum Gemeingut der Gebildeten der ganzen Welt gemacht hat.

Wie so manche Leuchte der Wissenschaft entstammt auch Deussen einem protestantischem Pfarrhause. Er wurde am 7. Januar 1845 in Oberdreis im Westerwald geboren. Im Elternhaus genoß er seine erste Ausbildung, um sie vom Herbst 1859 ab auf der berühmten Fürstenschule zu Schulpforta mit großem Erfolge fortzusetzen. Hier fand der Jüngling den edlen, gleichgesinnten Freund, dem er, so lange dieser lebte, die Treue gehalten: Friedrich Nietzsche. Der Schulzeit in Pforta folgten die gleichfalls im Zusammensein mit Nietzsche verlebten Leipziger Studentenjahre. In den Jahren 1869 bis 1871 wirkte der junge Deussen als Lehrer an den Gymnasien zu Minden und Marburg, wo er sich nach schweren inneren Kämpfen zum theologischen Examen stellte. Dank einer Empfehlung Nietzsches konnte er im Oktober 1872 aus der Enge der Musenstadt an der Lahn nach Genf übersiedeln, wo das glänzende Leben eines internationalen Kreises seiner wartete. Hier begann der 27jährige seine akademische Laufbahn, um, wie er später selbst einmal sagte, die Gedanken, die das Glück seines Lebens ausmachten, vor einem Dutzend treuer Zuhörer darzulegen. In Genf nahm auch zuerst der Gedanke festere Formen an, dem Deussen alsbald sein Lebenswerk widmete: Er wollte unter dem Banne Schopenhauers die wunderbaren Tiefen der indischen Philosophie der abendländischen Welt erschließen. In 35jähriger, mühevoller Arbeit, von der „Das System des Vedanta" und seine zahlreichen Uebersetzungen aus dem Sanskrit Zeugnis ablegen, hat er dieses Ziel glücklich erreicht. Nach einer längeren Wirksamkeit in Berlin wurde Deussen 1889 als Ordinarius an die Universität Kiel berufen.

Für Deussens Geistesrichtung ist ein Brief außerordentlich charakteristisch, den einmal Nietzsche in seiner Leipziger Sturm- und Drangperiode an ihn schrieb. Darin heißt es: „Einen Philosophen mußt Du lesen, ihn selbst, jede Zeile von ihm, aber nichts über ihn, keine Zeile über ihn — er heißt Arthur Schopenhauer!" So wurde Deussen zum glühendsten Verehrer Schopenhauers und zum begeistertsten Verkünder seiner Lehre. Dieser Enthusiasmus verließ auch den späteren Professor und Geheimrat nicht, und so hat ein seltsames Geschick es gewollt, daß die Würde eines „Erzevangelisten", wie Schopenhauer seine Getreuesten scherzend zu nennen pflegte, schließlich auf einen leibhaftigen Philosophieprofessor überging, den Angehörigen eines Standes, der für Schopenhauer mit der Ausgeburt der Hölle identisch war. Und nicht bloß in Wort und Schrift, auch durch die Tat hat er unermüdlich für seinen Meister gewirkt. Im Herbst 1910 übernahm er die Herausgabe der großen, mustergültigen Schopenhauer-Ausgabe, die in 14 Bänden im Verlag von Piper u. Co. in München erscheint. Ein Jahr später schritt er im Verein mit Gwinner, Kohler u. a. zur Gründung der Schopenhauer-Gesellschaft. Daß aber Deussen nicht etwa ein blinder Nachbeter seines großen Lehrers blieb, sondern, wenn es not tat, auch seine eigenen Wege gehen konnte, beweisen seine „Elemente der Metaphysik", eines der tiefgründigsten und gehaltvollsten Erzeugnisse der neueren philosophischen Literatur.

— **Münchner Festspiele.** Seiner Tradition als Kunststadt gemäß nimmt München seine bekannten Bühnenfestspiele im Sommer 1919 unter dem Namen „Münchner Festspiele 1919" wieder auf, jedoch in erheblich erweitertem Umfange. Während bisher nur Wagner und Mozart zur Aufführung gelangten, sollen den Besuchern nunmehr Werke aus dem ganzen Reiche der großen deutschen Kunst in Vergangenheit und Gegenwart geboten werden. Neben Festspielen aus dem Gesamtgebiete der deutschen Oper werden Schauspielaufführungen erfolgen, die außer dem klassischen auch das zeitgenössische Drama zu Worte kommen lassen. Dem bisher bewährten Geiste der Festspiele entsprechend wird die Geschlossenheit des Münchener Ensembles möglichst gewahrt bleiben, einige hervorragende Gäste wurden jedoch gewonnen. Gesamtleitung: Viktor Schwanneke, Intendant des Münchner Nationaltheaters. Opernleitung: Bruno Walter. Schauspielleitung: Albert Steinrück. Dauer der Festspiele 25. Juli bis 6. September im Prinzregenten-Theater sowie in den beiden Häusern des Nationaltheaters (ehem. Hof- und Residenztheater). Nähere Auskunft beim bayerischen amtlichen Reisebureau München, Promenadeplatz 16.

— **Käthe Basté,** die frühere Naive des Lessing- und Wallner-Theaters, ist in Dresden im Alter von 45 Jahren gestorben. Sie begann ihre künstlerische Laufbahn als sechszehnjähriges Mädchen am Berliner Lessing-Theater, wo sie als erstes „Sonnenscheinchen" Sudermanns Aufsehen erweckte. Von dort kam sie ans Wallner-Theater und später ans Lobe-Theater in Breslau. In den letzten Jahren vor dem Kriege leitete sie mit künstlerischem und literarischem Ehrgeiz das Kurtheater auf Helgoland.

— **„Die kleine Sklavin"** von Dietzenschmidt, die infolge anderer Repertoire-Verpflichtungen am 1. Juli abgesetzt werden mußte, wird infolge starker Nachfrage in den Spielplan des Walhalla-Theaters wieder aufgenommen. Die nächste Vorstellung findet morgen statt.

— **Zu Prof. Willy Heß' 50jährigem Künstlerjubiläum.** Man schreibt uns: Der bekannte Violinmeister, Quartettführer und Lehrer an der Berliner Hochschule für Musik, Prof. Willy Heß, begeht am 14. Juli sein 50jähriges Künstlerjubiläum und zugleich seinen 60. Geburtstag. Er ist also im Alter von 10 Jahren zum ersten Male aufgetreten, und zwar in New York, wo damals sein Vater, der zugleich sein erster Lehrer war, sich aufhielt. Willy Heß' Wiege stand in Mannheim. Nach umfangreichen Virtuosenreisen, zuerst als Wunderkind, dann als reisender junger Künstler, kam er mit 19 Jahren als Konzertmeister an die Frankfurter Oper und die dortigen Museumskonzerte. Nach 8 Jahren verließ er diese Stelle und ging nach Rotterdam (1886—1888), Manchester (1888 bis 1895) und Köln (1895—1903), wo er überall erste Konzertmeister- und Lehrerstellen an den großen Musikinstituten bekleidete. Fast alle großen Konzertgesellschaften sicherten sich seine solistische Mitwirkung und sein „Gürzenich-Quartett" wurde, weit über Deutschlands Grenzen hinaus, nach England, Holland, der Schweiz, Skandinavien usw. verpflichtet. Eine Berufung an die Londoner Kgl. Akademie führte Heß 1903 wieder nach London; doch schon 1904 nahm er eine Berufung als Erster Konzertmeister und Dirigent des berühmten Symphonie-Orchesters in Boston an. Das Jahr 1910 endlich brachte ihn an die Stelle, wo er schon lange hätte sein müssen, an die damals noch Königl. Hochschule für Musik, deren Lehrkörper er seither auch als Dirigent des Hochschulorchesters, das er auf eine ganz bedeutende Höhe gebracht hat, angehört. In Willy Heß sind eine ganze Reihe höchster künstlerischer Eigenschaften vereinigt. Ein Meister der Geige, wie nur wenige Große, ein mit fester Hand und sicherem Musikverständnis führender Quartettprimus, ein fortreißender, ungemein plastisch formender Orchesterdirigent und einer der erfolgreichsten Violinlehrer, dessen Schüler in allen Kulturländern der Welt hoch angesehene Stellungen innehaben: das ist fürwahr eine Lebensarbeit, auf die nicht viele Künstler zurückblicken können. Sein einfaches, liebenswürdiges Wesen, das auch seine Schüler mit seltener Treue und Verehrung an ihn fesselt, hat nicht zuletzt dazu beigetragen, seinen großen Ruf zu stärken und zu erhalten.

— **Riesenpreise auf dem englischen Kunstmarkt.** Die Veräußerung des alten englischen Kunstbesitzes vollzieht sich gegenwärtig in einem Umfange wie nie zuvor. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß innerhalb von fünf Tagen bei Christie für 400 000 Pfund, d. i. nach Friedenswert 8 Millionen Mark, versteigert wurde. Davon waren allerdings 163 000 Pfund für Juwelen, die an einem einzigen Tage unter den Hammer kamen. Der Jahresumsatz von Christie betrug im Frieden im ganzen nicht viel mehr als eine Million Pfund. Die Versteigerung der Kunstsammlung des kanadischen Sammlers Drummond brachte 131 000 Pfund. Dabei wurden für das Bildnis des Josef Cahmans von Frans Hals 26 775 Pfund gezahlt, das sind nach Friedenswert 535 500 Mark. Eine Zeichnung von Turner, ein kleines Blatt mit einer Ansicht von Zürich, brachte 6200 Guineen, das sind 133 300 Mark. Vierzig Jahre vorher war diese Zeichnung für den damals bereits außerordentlich hohen Preis von 25 000 Mark verkauft worden.

Allgemeine Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag.
Warm und vielfach heiter, aber noch veränderlich. Oestlich der Oder ziemlich zahlreiche, im Westen nur vereinzelte leichte Gewitter.

Die Eitelkeit der Natur.

Von
Anna Kappstein.

Wenn die Chronisten Berichte über die Rednerinnen der Weimarer Nationalversammlung brachten, so versäumten sie nicht, zu erwähnen, daß Frau X. eine weiße Bluse trug oder Frau Z. vorteilhaft frisiert war. Es war nicht geschmackvoll, auf dies weibliche Nebenwerk hinzuweisen, und ließ immer den Verdacht aufkommen, als ob die Frauen auch als wohlbestallte Parlamentarierinnen von den Männern nicht ganz ernsthaft genommen würden. Immerhin, die weibliche Abgeordnete ist eine neue Erscheinung, und man mag es den Berichtern zugutehalten, daß sie sich erst daran gewöhnen müssen. Und schließlich verschlägt die Randbemerkung nichts, sofern das Auftreten der politischen Frauen sich geistig der Kleinweiblichkeit entrückt beweist. Anders schon, wenn bei Gerichtsverhandlungen der Reporter es sich nicht versagen kann, über die äußere Erscheinung einer Angeklagten zu plaudern und die Neugier mancher Leserinnen zu befriedigen, indem er beschreibt, welches Kleid die Mörderin bei ihrem Auftreten vor Gericht anlegte. Das spricht dem Ernst der Lage Hohn und setzt eine Ungleichheit zwischen Mann und Weib. Denn es ist gegen die Gewohnheit, von einem männlichen Verbrecher solche Äußerlichkeiten auszusagen. Und das Gericht darf keine Geschlechtsunterschiede machen, die sich etwa aus einer Bestechung durch äußere Reize einer Angeklagten ergäben.

Daß aber die Männer noch immer geneigt sind, wenn sie von Frauen sprechen, ihrer Kleidung Erwähnung zu tun, ist, so sehr es ernsthafte Frauen verletzt, doch nicht so ganz unnatürlich. Denn jede Frau, auch die tüchtigste, legt auf ihre Erscheinung, oft ganz unbewußt, einen anderen Wert als der Mann. Auch die Frau als Richterin oder Predigerin — wir besitzen in Deutschland schon eine angestellte Pfarrerin, und die republikanische Zukunft läßt viele Möglichkeiten offen — wird über den Schnitt ihres Talars mit anderen Empfindungen nachdenken als der Mann über sein Amtskleid.

Kaum zeigt sich nach langem Kriegsdunkel ein schwacher Sonnenstrahl, der uns langsamen Wiederaufbau unseres Vaterlandes verheißt, kaum öffnen sich die Grenzen ein Spältchen, um fremdländischen Modeeinfluß durchzulassen, so freut die urewige Eva sich an der Hoffnung auf neue Stoffe, neue Farben, neue Schnitte, die zu ihr gelangen werden, auf eine Veränderung ihres Aussehens, auf die Überraschung, mit der sie, neugewandet, wirken wird. Die ewige Eva . . . es ist nicht anders, wir bleiben aller Hinaufentwicklung zum Trotz die Kinder unserer Stammutter, und Eva im Paradiesgarten erfand die erste Mode. Also folgen wir wohl einem Naturrecht, wenn wir uns gerne schmücken und die Abwechslung lieben. Das Wesen der Mode ist Abwechslung. Mit überwältigendem Beispiel geht uns die Natur voran, und aus der Natur können und dürfen wir nicht heraus. Auch die geistigste von uns bleibt der Natur verhaftet. Die Natur ist nach Friedrich Theodor Vischer „das Produkt eines Urwesens weiblichen Geschlechts". „Dieses höchst geniale, reizvolle, höchst gütige und zugleich höchst leichtsinnige und dämonische, höchst grausame Weib habe sich mit Legionen böser Geister verbündet, die sich im Urschlamm erzeugten. Man solle zusehen, ob nicht alles Tun und Hervorbringen der Natur weibartig sei. So ohne Nachdenken, wie ein begabtes Weib geistvolle Pläne entwickle, quellen aus ihrer Hand die unendlichen Formen hervor; so geschmackvoll und eitel, als das Weib sich aufputze, schmücke sie ihr Wesen; man solle auch nur z. B. die Toilette der Vögel sehen, die Büsche, Hauben, Klunker, Kragen, Schweife in allen Formen, namentlich in solchen, die sich zu Prachträdern aufschlagen: man werde doch nicht meinen, diese Dinge seien gemacht, damit niemand sie sähe, es liege ja auf der flachen Hand, daß das von einer genialen Urkokette stamme; dies Weib sei wohl auch gut: sie nähre, pflege, sorge, heile, wie nur ein Weib es könne; dann aber sei sie plötzlich total gedankenlos, absolut vergeßlich, ganz so dumm wie oft das geistreichste Weib, ja, eine reine Gans." Das ist nicht höflich von dem nachdenklichen Verfasser von „Auch Einer", aber seine Ausführungen über die Grausamkeit der Natur, die ihre Geschöpfe vergißt, sind stichhaltig und von jedermann nachzuprüfen. Liebenswürdiger drückt ähnliches Goethe in seinem Naturpsalm aus, wenn er sagt: „Sie liebet sich selber und haftet ewig mit Augen und Herzen ohne Zahl an sich selbst. Sie hat sich auseinandergesetzt, um sich selbst zu genießen. Immere läßt sie neue Genießer erwachsen, unersättlich sich mitzuteilen. Ihr Schauspiel ist immer neu, weil sie immer neue Zuschauer schafft. Sie ist die Eitelkeit selbst."

Auch in Zeiten völkischen Niederbruchs bleibt die Schönheit der Natur bestehen. Die Natur kann gar nicht häßlich sein, sofern der Mensch sie nicht zerstört. Diese schönste ist zugleich die wandelbarste aller Frauen. Es ist kein Tag im Jahr, der dem anderen genau gliche, auch keine Jahreszeit, die, wenn sie sich nach 12 Monaten wiederholt, das mit kalendermäßiger Einförmigkeit täte. Es gibt rauhe und milde Frühlinge, melancholisch säuselnde und prunkend goldene Herbstmonate, und der Winter kann sich ganz auf blitzende Schneidigkeit oder schwermütige Verhängtheit einstellen.

Die Natur trägt durchaus nicht jahraus, jahrein dasselbe Kleid; sie hat eine Fülle von Gewändern, luftige Tanzkleider, wenn die Blüten an den Kirschbäumen schweben, schwere seidene Schleppen im Hochsommer, wenn das gelbe Korn sich biegt und die Wiesen mit rotem Mohn bestickt sind, Purpur- und Brokatmäntel, wenn Buchen und Eichen sich verfärben, und Hermelinpelze, wenn der Schnee auf Feldern und Bäumen liegt. Auch kennt sie ganz genau den Reiz der Beleuchtungswirkungen und inszeniert sich so geschickt wie die Frau, welche weiß, das Abendbeleuchtung oder warmes Morgenlicht ihr am vorteilhaftesten steht. Der Mondschein ist ein Requisit, das von romantischen Dichtern so viel besungen wurde, daß die Modernen Mondscheinszenen als Kitsch zu vermeiden suchen; dennoch kann sich kaum jemand dem Zauber einer Mondnacht entziehen und wird entdecken, daß dieselbe Natur, die ihm im grellen Tageslicht spröde erschien, im Silberschein des Nachtgestirns unsagbar weich und zärtlich wird. Sonnenuntergangsfarben, glührot und violett, gehören zu den stärksten Mitteln, mit denen die Natur arbeitet. Auch Sonnenaufgang, Mitternachtsonnenschein im Nordland, Alpenglühen und Sternschnuppenfall sind Effektstücke, mit denen sie verführt. Aber sie kennt sich auch mit den zarteren Wirkungen aus. Septembernebel, der in blasser Sonne verblaut, Rauhreif, selbst Novemberschleier in ihrem milden Grau, betränte Bäume — mit alledem rührt sie ans Herz und hebt ihre sprühende Schönheit neu, wenn sie zwischendurch farblos einhergeht. Auch Stimmungen und Launen ist sie untertan. Wolken, die über die Sonne ziehen, Schatten, die sich senken, verändern plötzlich das vertraute Bild ihrer Heiterkeit. Gewitterschauer, sengende Glut, lösender Regen, leidenschaftlicher Blitz und Donner verraten ihr echt weibliches Temperament, und die Neckereien des April mit Hagel und verspätetem Schnee, tiefblauem Himmel zwischen jagendem Gewölk und sommerwarmer Sonne, die den Schnee schnell wieder wegtaut, zeigen, daß auch die Pikanterie ihrem Wesen nicht fehlt. Wind und Welle bewegen und wandeln ihr Bild; sie hat ihr Spielzeug: Orchideen und Lilien, die sie nicht minder liebt als Kohlköpfe und Rüben, hat im Walde die Vögel, auf den Teichen die Schwäne, im Wasser den Goldfisch, in der Luft die grünflügelige Libelle und den samtenen Falter. Luxusgeschöpfe, die sie neben den Nutztieren ins Leben setzt. Auch Humor entwickelt sie, indem sie Affen, Ameisenbären, Känguruhs und Pinguine schafft. Durch Humor und Spiel setzt sie sich zu sich selbst in Harmonie, wenn sie, um ihre großen Zwecke zu verfolgen, grausam sein und morden muß. Auch zwischen Grausamkeit und Eitelkeit bestehen seelische Zusammenhänge, wie sie in der Weltgeschichte ehrgeizige Frauen oft bewiesen haben.

Sie liebt den Schmuck: Blumen trägt sie am Gürtel und Kränze, Schleier windet sie sich vors Gesicht, bunte Bänder flattern um ihre Schultern, Perlen hängen ihr im Haar. Wenn, zur Reform der Überkultur der Menschheit, immer wieder der Satz Rousseaus aufgestellt wird: zurück zur Natur! so denkt der Weltverbesserer sich die Natur dabei als ein schlichtes derbes und gesundes Landkind, das nichts von den Künsten vorgeschrittener Geschlechter weiß. In der Tat gibt die Natur sich vielfach ländlich, schlicht und einfältig — man denke an norddeutsche und holländische Weidetriften, an Thüringens fruchtschwere „Goldene Aue"; aber schon gewisse grüne Täler des Mittelgebirges haben etwas schäfermäßig Geputztes, Spielerisches — eine Dame als Hirtenmädchen. Monumentale Alpenszenerien dagegen wirken, als wären sie mit Berechnung gestellt, und stille Seen, schilfumrauschte Flußläufe können eine fast krankhafte Melancholie atmen. Die Natur gefällt sich in vielen Rollen, und in der Unerschöpflichkeit ihrer Erfindungsgabe liegt ihre Macht. Und diese eitelste der Frauen ist noch immer keine alte Frau geworden und ist, trotzdem sie unverwelklich schön blieb, die tüchtigste und leistungsfähigste, die klügste, kraftvollste und — in allem Wandel — schließlich die zuverlässigste, weil ewigen Gesetzen unterworfene Frau.

Handelsnachrichten.

Sozialisierung und Entschädigung.

Der Kursstand als Grundlage der Entschädigung.

Das erste Gesetz in Deutschland, das zu einer gewaltsamen Kommunalisierung führt, ist — ein preußisches Sondergesetz —. Diese Tatsache ist an sich merkwürdig, da die Reichsregierung wiederholt erklärt hat, daß im Interesse der gesamten Volkswirtschaft die Kommunalisierung einheitlich gehandhabt werden müsse. Diese geplante Einheitlichkeit wird durch das preußische Gesetz nun bereits durchbrochen. Schon dagegen ließen sich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt schwere Bedenken erheben. Aber man könnte sich mit einem solchen Gesetz vielleicht noch abfinden, wenn es wenigstens sachlich und insbesondere in der Frage der Entschädigung kein Ausnahmegesetz darstellen würde. Dies ist aber bei dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über die Kommunalisierung der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke durchaus nicht der Fall. Das Gesetz schlägt gerade in der Entschädigungsfrage einen überaus eigenartigen Weg ein. Nach § 4 ist die Entschädigung nach dem Werte der Aktien festzusetzen, der unter Berücksichtigung der den Ertrag herabmindernden gesteigerten Betriebskosten zwischen dem niedrigsten und höchsten amtlichen Kurs, zu welchem die Aktien in der Zeit vom 31. Dez. 1918 bis 30. April 1919 an der Berliner Börse notiert waren, zu ermitteln. Es wird also der Kurs dann der Entschädigung zugrunde gelegt. Der Kurs einer Aktie aber pflegt von so vielerlei Momenten abhängig zu sein, die mit dem tatsächlichen Wert des Unternehmens nicht im unmittelbaren Zusammenhang stehen, daß der Kursstand niemals einen Maßstab für den inneren Wert des Unternehmens darstellen kann. Hierbei spielen, wie jeder weiß, die zufälligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine große Rolle. Dies ist in ganz besonderem Maße bei den Aktien der Charlottenburger Wasserwerke der Fall. Diese können bezüglich ihrer Bewertung überhaupt mit anderen Industrieaktien nicht auf eine Stufe gestellt werden. Während letzteren ein spekulativer Charakter anhaftet, haben die Charlottenburger Wasserwerksaktien seit jeher als ein Anlagepapier gegolten. In England sind die Wasserwerks-Aktien sogar mündelsicher. Der hohe Kurs der früheren Jahre ist nicht allein auf die günstigen Betriebsergebnisse zurückzuführen, sondern einmal auf den erwähnten Charakter des Unternehmens und zum anderen auf den sehr wertvollen Grundbesitz der Gesellschaft. Es war ganz natürlich, daß Hand in Hand mit dem Steigen der Grundstückspreise in den Vororten Berlins auch der innere Wert der Charlottenburger Wasserwerks-Aktie erheblich gestiegen ist.

Der in den letzten Jahren stattgehabte Rückgang der Aktie hat mit der inneren Bewertung des Unternehmens nichts zu tun. Er beruhte darauf, daß die Gesellschaft durch langjährige Konzessionsverträge an einen bestimmten Tarif gebunden war und infolge der enorm gestiegenen Unkosten mit diesem Tarif keine so hohe Verzinsung wie in früheren Jahren mehr erreichen konnte. Ferner hat die Steuerpolitik einiger Gemeinden, zumal Schönebergs und Neuköllns, durch Belastung mit sehr hohen besonderen Gewerbesteuern der Gesellschaft schweren Schaden angetigt. Durch die Verordnung vom 1. Februar 1919 aber war der Gesellschaft die Möglichkeit gegeben, ihren Tarif den gestiegenen Unkosten wieder anzupassen. Ein Schiedsspruch sicherte der Gesellschaft eine Erhöhung des Wasserpreises um 7 ₰. Unter normalen Verhältnissen wäre hierdurch eine ganz außerordentliche Steigerung der Wasserwerksaktien herbeigeführt worden. Denn das Publikum mußte sich sagen, daß die Gesellschaft hierdurch und durch das spätere Sinken der Unkosten wieder zu den alten Erträgnissen zurückführen würde. Aber die drohende Sozialisierung drückte auf den Kurs; denn die Erfahrungen, welche die Aktionäre bisher mit sogenannten Sozialisierungen machen konnten, haben nicht gerade günstig gewirkt. Man erinnere sich der Vorgänge bei der Kommunalisierung der Großen Berliner Straßenbahn. Das ist einzig und allein der Grund, warum die Aktien heute einen ihrem inneren Wert ganz unverhältnismäßig niedrigen Kurs haben. In dem Augenblick, wo die maßgebenden Stellen erklären würden, das Unternehmen werde nicht kommunalisiert werden, würde eine elementare Kurssteigerung eintreten. Der Kurs ist also gerade in diesem Fall ein ganz ungeeigneter Wertmesser für den inneren Wert des Unternehmens. In dem Gesetzentwurf ist nun obendrein der schlechteste Kursstand gewählt worden, den die Gesellschaft jemals erreicht hat. Es soll der Kurs zugrunde gelegt werden, der unmittelbar nach den Spartakusunruhen, nachdem die Börse längere Zeit geschlossen war, notiert worden ist. Hierzu kommt die allgemeine politische Unsicherheit gerade dieser Zeit vor den Friedensverhandlungen. Der Kurs von 118 ist der überhaupt niedrigste Kurs der Gesellschaft. Bereits vom 1. Februar 1919 hat sich der Kurs niemals unter 136 bewegt. Ferner wirkte der geringe Spielraum, welcher der Bewertung nach dem Kurse zugrunde gelegt werden soll, doppelt ungerecht. Denn dadurch wird der hohe Kurs der Friedenszeit und der immer noch beträchtlich höhere der vorangegangenen Kriegszeit gänzlich außer acht gelassen. Bei dem an sich schon bedenklichen Ausnahmecharakter des Gesetzes mutet diese willkürliche Auswahl gerade des schlechtesten Kursstandes besonders seltsam an. Eine derartige Regelung der Entschädigungsfrage kann in keiner Weise der Gerechtigkeit entsprechen und muß als Präzedenzfall für kommende Sozialisierungen scharf zurückgewiesen werden. Dies um so mehr, als der bereits vorliegende Reichsgesetzentwurf über die Kommunalisierung bezüglich der Entschädigung von ganz anderen Grundsätzen ausgeht und den gemeinen Wert des Unternehmens zugrunde legt. Die Bemessung nach dem gemeinen Wert ist auch sonst stets von Reichsseite in Aussicht genommen worden. Es geht daher nicht an, daß ein Unternehmen deshalb, weil es durch ein einzelstaatliches Sondergesetz vorzeitig kommunalisiert wird, schlechter gestellt wird als alle anderen gleichartigen Unternehmen, die später durch Reichsgesetz kommunalisiert werden. Eine derartige Regelung der Entschädigungsfrage, wie sie der vorliegende Gesetzentwurf über die Kommunalisierung der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke vorsieht, kann daher nicht gebilligt werden. Wir können auch nicht glauben, daß die Landesversammlung zu einer so offenbaren Ungerechtigkeit die Hand bietet. Jedenfalls müßte aber der Rechtsweg offen bleiben, der durch den vorliegenden Gesetzentwurf gleichfalls ausgeschlossen ist.

Vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkte.

Unser fachmännischer Mitarbeiter schreibt uns: Die Erwartung, daß eine gewisse Beruhigung des westlichen Industriereviers in der Streikfrage auf die so dringend wünschenswerte Hebung der Produktion von günstigem Einfluß sein werde, hat sich nicht erfüllt. Der Monat Mai hat zwar eine leichte Besserung in die deutsche Eisen- und Stahlproduktion gebracht, indessen ist sie, wenn man sie in Parallele zu dem besonders schlimmen Monat April stellt, sozusagen belanglos. Im Monat Juni waren die Verhältnisse kaum viel besser. Der auch in diesem Monat erzielte leichte Produktionszuwachs vermag auch nicht annähernd die große Kalamität, die in der unzureichenden Befriedigung des Bedarfes besteht, auszugleichen. Die Ursachen sind nur zum Teil in der Rohmaterialknappheit begründet, zum größten Teile müssen sie in der fort grassierenden Arbeitsunlust gesucht werden. Der Sozialisierungsgedanke zeitigt die sonderbarsten Erscheinungen. Trotz ständiger Lohnerhöhungen und sonstiger Besserstellung der wirtschaftlichen Lage ist es unmöglich, bei dem Grös der Arbeiterschaft Verständnis für unsere wirtschaftlichen Nöte, deren tiefer Ernst in der allernächsten Zeit noch stärker in die Erscheinung treten muß, zu gewinnen. Spartakistische, bolschewistische und andere Elemente radikaler Art treiben fortgesetzt die Arbeiterschaft, auch soweit sie älteren besonneren Kreisen angehört, zu neuen Unruhen, die durch die falsche Ernährungspolitik mancher Regierungsstellen unterstützt werden. Die jüngsten Unruhen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk mögen zu einem gewissen Prozentsatz auf Verhetzung der Arbeiter im politischen Sinne zurückzuführen sein, aber die eigentliche Ursache liegt doch in dem falschen System, mit dem die Ernährungsfrage gelöst werden soll. Ordnung herrscht kaum noch in irgend einem Betriebe, jeder Arbeiter versucht auf eigene Faust zu tun, was ihm gerade beliebt und da man stets mit Drohungen bei der Hand ist, so ist die Lage der Werksleiter in vielen Fällen eine geradezu verzweifelte. Unter diesen Umständen darf man sich über die geringe Produktion kaum wundern. Waren die Werke während des Krieges, der ihnen hinsichtlich der Arbeiterfrage durch die fortschreitende Einziehung geschulten Personals und den Ersatz mit ungeübten Arbeitern die größten Schwierigkeiten brachte, in der Lage durchweg 60—70 % der normalen Leistungsfähigkeit produzieren zu können, so ist der Prozentsatz zurzeit auf 25 % zurückgegangen und teilweise bleibt er noch hinter dieser Ziffer zurück. Unter solchen Verhältnissen ist irgend ein rationelles Arbeiten nachgerade zur Unmöglichkeit geworden und eine größere Anzahl von Betrieben zieht es vor, die Anlagen völlig stillzulegen. Auch dort, wo weiter gearbeitet wird, werden in den meisten Fällen die Selbstkosten nicht mehr gedeckt. Die Betriebe des Westens sind in ihrer Mehrheit auf die Massenproduktion eingestellt. Nur so war es früher möglich, eine angemessene Rentabilität zu erzielen, unter Voraussetzungen, die hinsichtlich der Arbeitszeit und der Lohnfrage ganz andere waren als jetzt. Die Massenproduktion ist aber jetzt, einzig und allein infolge der unbefriedigenden Arbeiterverhältnisse, nicht möglich und infolgedessen müssen die Werke mit Selbstkosten rechnen, die auf die Dauer derartige Verluste bringen, daß selbst das bestfundierteste Unternehmen auf die Dauer sich nicht zu halten vermag. Die jetzt wieder angestrebten Erhöhungen der Verkaufspreise werden dann kaum Wandel schaffen können. Sie werden lediglich neue Forderungen der Arbeiter hervorrufen und so geht der ungesunde wirtschaftliche Prozeß von einem zum anderen Monat weiter und damit rückt die Katastrophe immer näher. In der Versorgung der Werke mit Rohstoffen ist insoweit ein erfreuliches Moment zu verzeichnen, als die schwedischen Erzlieferungen nicht unbedeutenden Umfanges für eine Reihe von Jahren gesichert sind. Damit ist für die deutsche Eisenindustrie eine außerordentlich wichtige Frage gelöst, nachdem die Erzversorgung aus dem Minettebezirk trotz der Abmachungen mit Frankreich sich fortgesetzt unbefriedigend gestaltet und auch aus Luxemburg Material nur in ganz beschränktem Umfange eintrifft. Es unterliegt keinem Zweifel: Frankreich will das Abkommen einfach nicht erfüllen, um der deutschen Eisenindustrie, vor der man immer noch einen gewissen Respekt besitzt, die denkbar größten Schwierigkeiten zu machen, obgleich die französischen und auch die luxemburgischen Erzgruben in Material geradezu ersticken. Was Luxemburg anbetrifft, so dürften hier die Verhältnisse, soweit die Erzlieferungen an Deutschland in Betracht kommen, in absehbarer Zeit sich vielleicht etwas bessern. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß nicht alle eisenindustriellen Kreise des Großherzogtums in das deutschfeindliche Fahrwasser hineinsegeln. Ob daran die etwas allzu plumpen Versuche Belgiens, die luxemburgische Eisenindustrie, welche auf ihre Selbständigkeit immer besonderen Wert gelegt hat, völlig ins Schlepptau zu nehmen oder die französischen Kartellierungsbestrebungen oder aber der Gedanke mitbestimmend sind, daß schließlich die deutsche Eisenindustrie für die luxemburgischen Werke von gegenseitigem Werte sein kann, läßt sich nicht feststellen. Wenn so auf der einen Seite die Erzfrage wenigstens zum Teil befriedigend gelöst werden konnte, so droht hinsichtlich der Rohstoffversorgung eine weit ernstere Gefahr. Sie liegt in den sehr schlechten Aussichten für die Brennstoffversorgung zum Herbst und zum Winter. Mit der jetzigen Förderung würde man unter der Voraussetzung, daß nicht neue Bergarbeiterausstände sie schmälern, allenfalls für den augenblicklich beschränkten Betrieb auskommen. Aber der Friedensvertrag harrt der Ratifizierung bzw. der Durchführung in seinen Einzelheiten und nach den bisherigen Erfahrungen darf man als sicher annehmen, daß die Ententestaaten, soweit der Vertrag die Belieferung mit Brennmaterial aus dem Ruhrkohlenrevier vorsieht, auf die Erfüllung mit allem Nachdruck bestehen wird. Damit rückt die Gefahr einer Kohlennot, wie wir sie bisher noch nicht gekannt haben, in nächste Nähe. Bei einer täglichen Durchschnittsförderung von etwa 250 000 Tonnen ergibt sich eine monatliche Menge von etwa 7 Millionen Tonnen, die Entente verlangt von Deutschland nicht weniger als 42 Millionen Tonnen jährlich, wenn das Ruhrrevier mit reichlich Dreivierteln, also mit über 30 Millionen Tonnen beteiligt sein wird. Die Jahresförderung im Ruhrrevier darf unter Zugrundelegung der heutigen Verhältnisse mit etwa 80 Millionen Tonnen angenommen werden, sodaß uns lediglich rund 50 Millionen Tonnen verbleiben würden. Daß diese Mengen auch annähernd ausreichen werden, um neben der Befriedigung des Hausbrandes, der Versorgung der öffentlichen Einrichtungen mit Kohle auch noch für die Eisenindustrie genügend Brennmaterial zu schaffen, liegt auf der Hand. Gehen also die Bergarbeiter, namentlich durch stärkere Vermehrung der Belegschaften nicht dazu über, die Kohlenförderung auf anschnliche Höhe zu bringen, dann treten Folgen von unabsehbarem wirtschaftlichem Schaden ein. Über die Lage des Marktes im einzelnen ist seit dem letzten Bericht nur insoweit neues zu berichten, als die Wucherpreise für eine Reihe von Produkten weitere Steigerungen erfahren haben. Das Material ist unter dem Einfluß der geringen Produktion sehr knapp und da überall dringlicher Bedarf besteht, so wird auf die Preise kaum noch gesehen. Stabeisen, das nach den Vereinbarungen ungefähr 600 Mark per Tonne kosten soll, ist nicht unter 900 bis 950 Mark zu haben, Feinbleche, in den ganz dünnen Lagen, für die ein verbilligter Preis von etwa 800 Mark besteht, werden bis zu 2000 Mark binauf bezahlt. Auch der übrigen Produkte, darunter des von den Verbänden kontrollierten Materials, hat sich ein lebhafter Schleichhandel bemächtigt, der die Notierungen fortgesetzt nach oben treibt. Während die Werke durchweg mit Verlusten arbeiten, zieht der nicht reguläre Handel, der im Revier an Ausdehnung fortgesetzt gewinnt, und der nicht immer mit sauberen Mitteln arbeitet, hohe Gewinne aus der Zwangslage der Werke. Ende der Woche sollen wieder neue Werkspreise festgesetzt werden. An einen Abbau der Preise an Eisenmarkte, der dringend erforderlich ist, kann vorläufig nicht gedacht werden, man wird im Gegenteil wieder neue Erhöhungen von 100 ℳ per Tonne und darüber zu erwarten haben. Bis eines guten Tages das ganze Kartellgebäude zusammenbrechen wird. Das Exportgeschäft belebt sich mehr und mehr und es würden ganz bedeutende Abschlüsse möglich sein, wenn nur Material zum Liefern zur Verfügung stehen würde. So geht mancher bedeutende Auftrag über das Wasser in die Vereinigten Staaten, die mit Nachdruck bestrebt sind, Deutschland und den amerikanischen Verbündeten das Ausfuhrgeschäft streitig zu machen. Die von Amerika abgeschlossenen Kontrakte zur Lieferung in das Festland sind nicht unbedeutend und sie erstrecken sich auf lange Fristen. Die deutsche Eisenindustrie wird für die nächsten Jahre einen schweren Stand am Ausfuhrmarkte haben.

— **Englischer Außenhandel.** Im Juni betrug der Wert der Einfuhr 122 945 655 £ (Zunahme 21 400 936 £), der Wert der Ausfuhr 64 562 346 £ (Zunahme 19 536 115 Pfund Sterling) und der Wert der Wiederausfuhr 11 964 079 £ (Zunahme 9 849 302). Auf der Einfuhrseite weisen eine Zunahme auf: Nahrungsmittel um 12 037 948 £, Holz um 2 251 771 £, Baumwolle um 2 403 620 £, Wolle um 7 869 529 £, Material zur Papierfabrikation um 634 315 £, Häute um 855 015 £, Leder um 2 203 084 £ und Papier um 458 274 £. Eine Abnahme zeigen: Getreide um 735 909 £, Fleisch um 3 619 511 £, Eisenerz um 442 847 £, andere Erze um 775 583 £ und Chemikalien um 805 787 £. Auf der Exportseite hat zugenommen: die Ausfuhr von Nahrungsmitteln um 1 816 137 £, von Kohlen um 3 802 532 £, von Rohwolle um 449 805 £, von Oelsaaten um 1 540 682 £, von bearbeiteten Eisen- und Stahlwaren um 1 969 813, von Maschinen um 962 764 £, von Baumwolle um 2 739 453 £, von Wolle um 4 329 736 und von Papier um 65 429 £.

— **Commerz- und Disconto-Bank, Hamburg.** Die Bank beabsichtigt in München eine Filiale zu errichten und die dortige Bankfirma Alfred Lerchenthal mit 1 Mill. Mark zu kommanditieren.

— **Frankfurt-Finkenheerder Braunkohlen A.-G. Charlottenburg.** Die Gesellschaft, welche seit Bestehen noch niemals eine Dividende verteilt hat, bleibt auch für das am 31. März cr. abgelaufene Geschäftsjahr dividendenlos. Nach Abschreibungen von 231 283 Mark (im Vorjahre 412 485 Mark) verbleibt ein Reingewinn von 26 543 ℳ (9296 ℳ), der in der Hauptsache auf neue Rechnung vorgetragen wird. Nach der Bilanz sind die Gläubiger auf 805 788 ℳ (5547 936 ℳ) gestiegen, während die Forderungen auf 598 946 ℳ (685 488 ℳ) zurückgegangen sind.

— **Brüxer Kohlenbergbau-Gesellschaft.** Wie Zahlstelle bekannt gibt, sind die Mittel zur Einlösung der am 1. Juli fälligen Zinsscheine der 5 % Obligationen der Gesellschaft eingetroffen und werden diese nunmehr eingelöst.

— **Stillegung in der Kali-Industrie.** Die zum Westeregeln-Konzern gehörenden Gewerkschaften Nebra, Georg, Unstrut, Thüringen, Roßleben und Orla haben den Betrieb einstweilen eingestellt, nachdem die Belegschaften entlassen worden sind. Der Grund liegt darin, daß diese sich geweigert haben, die von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden vereinbarten Arbeitszeiten einzuhalten.

— **Heldburg Aktiengesellschaft für Bergbau, bergbauliche und andere industrielle Erzeugnisse.** In der gestrigen Aufsichtsratssitzung wurde die Bilanz genehmigt. Neben der gesetzlich erforderlichen Einsetzung der Desdemona-Kuxe mit 5500 ℳ wurde beschlossen, der Generalversammlung auf den nicht veräußerten Kuxenbesitz eine weitere Abschreibung von 1 241 000 ℳ vorzuschlagen. Es stellt sich dann die Unterbilanz einschließlich des vorjährigen Verlustvortrages von 1 054 882 ℳ auf 2 062 125 ℳ. Die Generalversammlung ist mit Rücksicht auf die bevorstehende Umgestaltung der Kaliwirtschaft auf Mitte August verschoben.

— **Emschergenossenschaft in Essen.** Der Rechenschaftsbericht für 1918 enthält über Bau, Unterhaltung und Betrieb der genossenschaftlichen Anlagen die folgenden Mitteilungen: Im vorjährigen Jahresbericht war ausgeführt, daß die Genossenschaft im kommenden, also dem jetzt verflossenen Jahre, Bauarbeiten auszuführen habe, die sie nicht mehr länger zurückstellen konnte. Dadurch, daß in den Vorjahren alle Bauarbeiten vermieden waren, waren im ganzen Bezirk infolge der Bodensenkungen große Mißstände eingetreten und es mußte daher trotz der mißlichen Verhältnisse auf Abhilfe gedrungen werden. Dieser Absicht entsprechend, wurden an zahlreichen Stellen die Bauarbeiten in Angriff genommen. Die Schwierigkeiten bei ihrer Ausführung waren groß. Die Kosten der Bauausführungen stiegen dabei auf das mehr als Vierfache der Friedenspreise, und so stand man allgemein vor der Frage, ob es nicht zweckmäßiger sei, die Arbeiten niederzulegen. Davon wurde Abstand genommen, da die Arbeiten der Genossenschaft zu Notstandsarbeiten erklärt wurden und Zuschüsse zu den Überteuerungskosten von dem Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung (Demobilmachungsamt) in Aussicht gestellt bzw. bereits genehmigt wurden. Nur diesem Umstand ist es zu verdanken, daß die Genossenschaft ihre Bauausführungen überhaupt fortgesetzt hat. Im einzelnen ist über die Bauausführungen folgendes zu sagen: Die Hauptbaustelle lag an der unterem Emscher. Hier waren die letzten 3 km unter Abtragung des Abfalls der Emscher in den Rhein um 2 m zu vertiefen. Der Zweck war, für Bodensenkungen, die in der Gemeinde Hamborn durch den Bergbau der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" in einem Umfange von etwa 2 m entstanden waren, wieder Vorflut zu verschaffen. Die Arbeiten wurden der Firma Grün & Bilfinger übertragen. Diese Baustellen, die im Bezirke von Walsum und Hamborn liegen, litten ganz besonders unter den ungünstigen politischen Verhältnissen. In der Zeit seit der Revolution waren hier über 60 Streiktage bis zum April 1919 zu verzeichnen. Dazu trat der besonders ungünstige Umstand, daß die Firma Grün & Bilfinger eines großen Teil ihrer Geräte im besetzten Gebiet hatte. Der Baufortschritt blieb daher weit hinter der zunächst gehegten Erwartung zurück. Nach den jetzt getroffenen Dispositionen ist zu hoffen, daß der Bau im November 1919 erledigt sein wird. Der Ausbau des Haarbachs war im Juni 1918 begonnen worden. Im November mußten die Arbeiten auf 3½ Monate stillgelegt werden, da die Rheinbabenschächte, in deren ausschließlichem Interesse der Ausbau erfolgt, die bei diesen Arbeiten beschäftigten Arbeiter anforderten, weil andernfalls wegen Arbeitermangels ihr Kokereibetrieb zur Stillegung gekommen wäre. Nach Ablauf dieser 3½ Monate wurden die Arbeiten wieder in Gang gebracht. Die Arbeiten am Wittringer Bach wurden im August 1918 begonnen. Auch sie kamen nur langsam vorwärts, sie sind nunmehr bis zur Ellinghorster Straße fortgeschritten. Der Ausbau des Resserbachs in Herten wurde über die Ewald-Bahn hinaus fortgesetzt. Der Baufortschritt war einigermaßen zufriedenstellend. An der oberen Emscher, oberhalb der Einmündung des Rüggingsbachs, wurde ein Aktall-Bauwerk errichtet, um Auskolkungen des alten Emscherlaufs zu verhindern. Nachdem die Gewährung von Bauzuschüssen für die Überteuerung zugesagt war, wurde noch in Angriff genommen der Ausbau des alten Emscherlaufs in Horst, der Borbecker Bach-Oberlauf bei der Margarethenbrücke, der Eisenbahn-Durchlaß des Borbecker Bachs unter dem Bahnhof Bergeborbeck, der Stoppenberger Bach an der Essener Straße in Stoppenberg, wo eine durch Bodensenkungen stark gesunkene Strecke des alten Kanals neu gebaut werden muß, der Ausbau des Eisenbahndurchlasses des Stoppenberger Bachs bei der Zeche Königin Elisabeth, der ebenfalls durch Bodensenkungen verursacht ist, der Ausbau des Katernberger Bachs vom Anschlußgleis der Zeche „Zollverein" ab aufwärts und der Ausbau des Rüpingsbachs. Außerdem sollen die Kläranlagen Meiderich-Hamborn, Gelsenkirchen-Altstadt und Wattenscheid, deren Bau im Kriege stillgelegt worden war, fertiggestellt werden. Das Pumpwerk Gelsenkirchen-Altstadt wird hergerichtet, sodaß es demnächst in Betrieb gesetzt werden kann. Vorbereitet ist der Ausbau des Landwehrbachs in Bladenhorst von der Emmündung des Deininghäuserbachs ab bis zur Emschertalbahn, der Ausbau des Hüllerbachs von der Hofstraße in Hordel bis zur Hordeler Mühle, der Ausbau des Feldbachs, die Errichtung eines Pumpwerks für die gesunkenen Gebiete der Zeche Dorstfeld am Roßbach und die Überbauung der Emscher in Hörde. Über den Betrieb und die Unterhaltung der genossenschaftlichen Anlagen gilt dasselbe, was in den Jahresberichten der Kriegszeit gesagt worden ist. Eine besondere Schwierigkeit beim Betrieb der Kläranlagen trat dadurch ein, daß die Zechen-Kläranlagen mangelhaft betrieben wurden, und daß vor allem Teer und pechartige Rückstände aus der Nebenproduktten-Gewinnung den Vorfluten der Kläranlagen zugeführt wurden. Ganz ungeheure Teermassen haben in einigen Kläranlagen das selbsttätige Abfließen des Schlammes unmöglich gemacht, sodaß der Betrieb stillgelegt werden mußte, um die Ausräumung zu ermöglichen. Die Nachfrage nach Düngemitteln hat dazu geführt, bei mehreren Kläranlagen den frisch anfallenden Schlamm sowie auch den dort bereits aufgehäuften Schlamm der früheren Jahre durch Unternehmer zwecks Absetzung als Düngemittel abfahren zu lassen. In finanzieller Hinsicht haben die Genossenschaftsversammlungen insgesamt an Mitteln für außerordentliche Ausgaben bewilligt 65 000 000 ℳ, wovon bislang nur 55 000 000 ℳ als Anleihen und Tilgungsdarlehen begeben werden konnten. Die restlichen 10 000 000 ℳ sind nunmehr zu 4½ v. H. Verzinsung und 1½ v. H. Tilgung mit 8 500 000 ℳ bei der Preußischen Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft in Berlin gegen 98½ v. H. Auszahlung und mit 1 500 000 ℳ bei der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank in Berlin gegen 97,625 v. H. Auszahlung aufgenommen worden. Gegen Erstattung der Selbstkosten hat die Emschergenossenschaft kurzfristig weitergeliehen an den Ruhrtalsperrenverein 2 300 000 ℳ, an den Ruhrverband rund 966 000 ℳ, an die Sesekegenossenschaft rund 388 000 ℳ. Die Einnahmen und Ausgaben des Ruhrverbandes und der Sesekegenossenschaft (insgesamt 250 000 ℳ) sind durch die Kasse der Emschergenossenschaft gelaufen. Der Kassenbestand betrug am 1. April 1918 156 518 ℳ (i. V. 117 719 ℳ), hierzu treten die Einnahmen April 1918 bis 31. März 1919 mit 14 846 656 ℳ (12 836 768 ℳ). Ab Ausgaben April 1918 bis 31. März 1919 14 419 599 ℳ (12 797 969 ℳ). Mithin Bestand am 1. April 1919 583 575 ℳ (156 518 ℳ). Auslosungen genossenschaftlicher Schuldverschreibungen brauchten nicht stattzufinden, da die Tilgung durch Ankauf gedeckt war.

— **Zuckerfabrik Salzwedel.** Aus Zuckerverkäufen wurden nach der per 31. März cr. aufgestellten Bilanz 8 354 820 ℳ (im Vorjahre 7 510 904 ℳ) erzielt, dagegen betrugen die Betriebsunkosten 8 057 596 ℳ (7 206 155 ℳ), sodaß sich nach Abschreibungen von 128 157 ℳ (1 283 283 ℳ) ein Reingewinn von 197 268 ℳ (177 945 ℳ) ergibt. Nach der Bilanz sind Vorräte auf 2 333 057 ℳ (1 365 207 ℳ) gestiegen. Debitoren schulden 1 759 830 ℳ (1 812 489 ℳ), während Kreditoren 200 658 ℳ (192 491 ℳ) zu fordern haben.

— **Woll-Haar-Kämmerei und Spinnerei A.-G. Hainichen.** Die Gesellschaft beruft auf den 30. Juli eine Generalversammlung nach Chemnitz, die u. a. auch über Erhöhung des Grundkapitals um 1 400 000 ℳ Beschluß fassen soll. Es ist dies die erste Kapitalserhöhung der Gesellschaft, deren Aktienkapital nach Durchführung der geplanten Transaktion 3 Mill. Mark betragen wird. Für das erste Geschäftsjahr 1917/18, das lediglich als Baujahr anzusehen ist, wurde eine Dividende nicht verteilt.

— **Gebrüder Niemann A.-G. Brauerei, Straßfurt.** Die Gesellschaft, deren gesamtes Aktienkapital sich im Besitz der Kaiser-Brauerei Allendorff & Co. in Schönebeck a. d. E. befindet, schließt das am 30. September 1918 abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Verlust von 81 050 ℳ (i. V. 104 519 ℳ Gewinn) ab.

— **Kohlensäurewerke C. G. Rommenhöller A.-G., Rotterdam.** Die Gesellschaft, deren Zentralverwaltung sich in Berlin befindet, erzielte auf Kohlensäurekonto 2 846 541 ℳ

(i. V. 1 765 025 M). Die Abschreibungen werden auf 365 389 M (438 961 M) bemessen. Es gelangt wieder eine **Dividende** von 7½ % zur Verteilung.

— **Friedrichsfelde-Lichtenberg Terrain A.-G. Leo Nauenberg.** Bei der Gesellschaft erhöht sich in 1918/19 der Verlustvortrag um 43 627 M auf 652 436 M.

— **Der Handelstag zur Wissellschen Denkschrift.** Ueber das Wirtschaftsprogramm des Reichswirtschaftsministeriums (Wissellsche Denkschrift) hat der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags in seiner Sitzung vom 4. Juli d. J. eine Erklärung abgegeben, der folgendes zu entnehmen ist: „Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags erkennt mit dem Reichswirtschaftsministerium an, daß die Steigerung der Produktion eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft ist und daß von der Herstellung einer Interessen- und Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern, Angestellten und Arbeitern durch geeignete Organisationen für den Ausgleich der sozialen Gegensätze und den Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft sehr viel abhängt. Er erkennt auch an, daß der Gedanke eines Wirtschaftsparlamentes fruchtbar ist, wenn der Aufbau, aus dem diese Körperschaft entsteht, nicht zu verwickelt ist und den Handelskammern darin die gebührende Stellung gegeben wird. Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags kann aber nicht zugeben, daß diese Ziele durch die Planwirtschaft erreicht werden können, deren bedenkliche Folgen, insbesondere für die Außenhandelspolitik, gar nicht beachtet zu sein scheinen. Er ist vielmehr davon überzeugt, daß der Ausgleich der sozialen Interessen von der Planwirtschaft ganz unabhängig ist, daß ferner der Aufgabenkreis der Wirtschaftsbünde und Fachverbände die freie Betriebsführung des Einzelunternehmers erheblich beschränkt und daß die auf Zwang beruhende Selbstverwaltung, in der die widerstrebendsten Elemente vereinigt sind, einen noch nie dagewesenen Apparat mit riesigen, der Industrie und dem Handel aufgebürdeten Kosten und unzählbaren Beamten darstellt, der nicht beweglich genug und nicht geeignet ist, den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt in Fluß zu halten. Der Gedanke, die künftige Wirtschaft bedürfe einer stärkeren Fachorganisation, ist an sich gesund; seine Durchführung ist aber bereits früher in Gestalt der bewährten freien Fachverbände begonnen und in dieser Richtung wird sich auch die Weiterentwicklung bewegen müssen. Für den Handel ist die Planwirtschaft schlechterdings unbrauchbar und undurchführbar. Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums macht auch keinen Versuch, die Möglichkeit von Selbstverwaltungskörpern für den Handel nachzuweisen. Insbesondere ist der Wiedereintritt in den Welthandelsverkehr undenkbar, wenn dem Ein- und Ausfuhrhandel die von der Planwirtschaft beabsichtigten Fesseln auferlegt werden.“

— **Borstenmesse in Leipzig.** Der in abgelaufener Woche in Leipzig abgehaltene Borstenmarkt zeigte ruhiges Gepräge. Es hatten sich wohl Interessenten eingefunden, die aber mehr der Information wegen gekommen waren. Die Gesamttendenz am Borstenmarkt ist anhaltend eine abwartende, indem die Verbraucher mit dem Sinken der Preise rechnen. Ob dies in absehbarer Zeit sich verwirklicht, läßt sich zurzeit noch nicht absehen. Die Borstenhändler scheinen mit einem baldigen Preisrückgang nicht zu rechnen, da sie Abgaben unter den jetzigen Marktpreisen ablehnen. Andererseits ist mit erheblichen Zufuhren aus den Produktionsländern kaum zu rechnen, da dort unter der Einwirkung des Krieges die Produktion selbst stark gelitten hat und außerdem im eigenen Lande Bedarf vorliegt. In Ansehung dieser Umstände war der Besitzwechsel am Leipziger Markt speziell in Borsten nur geringfügig. Etwas reger war das Geschäft in verwandten Materialien, aber auch hier erreichten die Umsätze nicht den sonst gewohnten Umfang. Speziell Roßhaare lagen matter, weil die Fabrikanten die in die Höhe getriebenen Preise nicht mehr anlegen wollen, um so weniger, als dem Vernehmen nach in Stockholm große Posten Ware lagern, die nach Aufhebung der Blockade dem heimischen Markt zugeführt werden sollen. Auch für Fibre zeigte sich geringere Nachfrage bei gedrückten Preisen.

— **Aufsparung von Baustoffen für den Wohnungsbau.** Infolge des Kohlenmangels fehlt es gegenwärtig und wohl auch für die nächste Zukunft an Baustoffen, sodaß nicht einmal die notwendigsten und bereits begonnenen Klein- und Mittelwohnungen fertiggestellt werden können. Um so dringender ist zu fordern, daß nach Möglichkeit sämtliche Baustoffe restlos der Erstellung derjenigen Wohnungen gesichert werden, die Ueberteuerungszuschüsse erhalten. Das sind an erster Stelle die Flachbauten, namentlich Ein- und Zweifamilienkleinhäuser, und weiterhin in besonderen Fällen auch die dreigeschossigen Häuser mit Klein- und Mittelwohnungen. Auf keinen Fall dürfen Luxusbauten, Villen oder andere etwa nur Vergnügungszwecken dienende Räumlichkeiten (Kinos usw.) mit Material beliefert werden. Der Reichskommissar für das Wohnungswesen Scheidt hat in einem neuen Erlaß die zuständigen Stellen darauf hingewiesen, daß die Beschränkung der Bautätigkeit auf die dringlichen Wohnungsbauten auf Grund des § 10 der Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 ohne weiteres möglich ist, da dieser das Verbot aller nicht erforderlichen Bauten, namentlich der Luxusbauten, enthält.

— **Personalien.** Wie die Firma Hermann A. Müller, Bankgeschäft in Zerbst, mitteilt, ist Herrn Carl Mößmer Prokura erteilt worden.

— **Todesfall.** Am 4. d. M. verschied in Nauheim Herr Direktor **Gustav Neumann,** Mitglied des Aufsichtsrats der Linke-Hofmann-Werke A.-G. Aufsichtsrat und Vorstand der Gesellschaft widmen dem Verstorbenen einen ehrenvollen Nachruf, der an anderer Stelle der vorliegenden Zeitung zum Abdruck gelangt.

Telegramme.

Frankfurt a. M., 8. Juli. **(Priv.-Tel.)** Aus Luxemburg wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben: Die luxemburgische Kammer beschäftigte sich mit der Frage der den Beamten und Arbeitern der **Luxemburgischen Prinz-Heinrich-Bahn** zu gewährenden Ergänzungs-Teuerungszulagen für 1918. In der Debatte wurde hervorgehoben, daß die Prinz-Heinrich-Bahn eine allgemeine Gehaltserhöhung beabsichtige, die sich mit der Gehälterrevision der Staatsbeamten deckt. Dadurch würde die Bahn ziemlich beträchtliche Mehrausgaben zu tragen haben; allerdings dürften dieselben durch Erhöhung der Tarife teilweise wieder wettgemacht werden können.

Quedlinburg, 8. Juli. **(Priv.-Tel.)** Hier ist ein **Landarbeiterstreik** ausgebrochen, durch den die Samenzucht schwer bedroht ist.

London, 7. Juli. **(Priv.-Tel.)** Vom „Economist“ wird die **Indexziffer** für Juni mit 6188 angegeben, was gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme um 200 bedeutet. Der Gesamtprozentsatz beziffert sich auf 281,1 und weist eine Zunahme von 9,1 % auf. Die Indexziffern für sämtliche Gruppen sind höher. Im Juni betrugen die durch **Feuer** entstandenen **Verluste** 4 576 200 £ gegen 506 700 £ im Vormonat und 467 500 £ im Vorjahr. Die **Northern Exploration Co.** erwarb weitere 3000 Quadratmeilen Land auf Spitzbergen.

Fremde Börsen.

Zürich, 8. Juli. **(Priv.-Tel.)** Amtliche Notierungen der Devisen-Zentrale.

	7.	8.
Berlin	38,25	37,50
Wien	16,75	16,75
Prag	27,00	26,50
Holland	211,00	211,00
New-York	555,00	553,00
London	25,00	24,97
Paris	82,25	81,30
Italien	67,25	65,80
Brüssel	79,50	78,00
Kopenhagen	127,75	125,75
Stockholm	138,50	139,00
Kristiania	134,50	135,50
Petersburg	46,00	45,00
Madrid	108,25	108,50
Buenos Aires	235,00	235,00

New-York, 7. Juli. (W. T. B.) Das Geschäft an der Börse war heute wiederum sehr **lebhaft** und die erreichten Umsätze gingen um 100 000 Stück über die zweite Million hinaus. Die Tendenz war bei Beginn unter Bevorzugung von Stahl- und anderen Industriewerten sowie einzelner Eisenbahnanteile sehr fest, erfuhr aber im weiteren Verlaufe eine leichte Abschwächung, die in den Nachmittagsstunden infolge von Gewinnrealisationen in den vorher begünstigten Papieren sich einstellte. Wenn auch der Grundton fest blieb, so schloß der Verkehr in nicht einheitlicher Stimmung.

New-York, 7. Juli. (W. T. B.) Sehr fest.

	3.	7.
Geld Darlehen 24 Stunden	5	8¼
Geld Zinsr. f. letzte Darl. d. Tag.	5½	8¼
Wechsel a. London 60 Tage Sicht	4,50	4,48
do. do. **Cable Transf.**	4,54	4,4925
do. **auf Paris auf Sicht**	6,57	6,76
Silber per Unze	107¼	107⅜
3 % Northern Pacific Bonds	58⅝	—
Atchison, Topeka & Santa Fé	101¾	102½
Baltimore & Ohio	43⅝	45¼
Canadian Pacific	157½	157½
Chesapeake & Ohio	64¾	65½
Chicago, Milwaukee & St. Paul	43⅝	44⅛
Denver Rio Grande	7½	7½
Erie Railroad	18	18
do. do. I. pref.	30¾	30¾
Illinois Central	99	99
Lehigh Valley	51¾	—
Louisville & Nashville	118	120
Missouri, Kansas & Texas	9½	9½
Missouri Pacific	34⅞	36¼
Nat. Railw. of Mexico 2nd. pref.	8¼	8¼
New-York Central & Huds. Riv.	84¾	—
New-York, Ontario & Western	21¼	—
Norfolk & Western	106⅝	107½
Pennsylvania	45⅝	45¾
Reading	89¼	90¼
Southern Pacific	107½	108⅛
Southern Railway	29	30⅜
do. do. pref.	67	67½
Union Pacific	134	134
do. do. pref.	71½	—
Wabash pref.	34⅜	35¼
Anaconda Copper Mining	74⅛	74½
United States Steel Corp.	113⅛	111⅝
do. do. pref.	116¾	116¼

Marktberichte.

New-York, 7. Juli. (W. T. B.) Baumwoll-Wochenstatistik. Zufuhren in allen Unionshäfen 130 000, Ausfuhr nach Großbritannien 71 000, Ausfuhr nach dem Kontinent 80 000 Ballen, Vorräte im Innern 986 000 Ballen.

Liverpool, 4. Juli. (W. T. B.) [Baumwolle.] Amerikanische und brasilianische 40, indische 25 Punkte höher.

Liverpool, 7. Juli. (W. T. B.) (Baumwolle.) Umsatz 2000 Ballen, Import 53 130 Ballen, davon amerikanische Baumwolle 39 400 Ballen. Juli 20,35, September 20,23, Oktober 20,16.

New-York, 7. Juli. (W. T. B.)

	3.	7.
Baumwolle loko middling	34,25	33,40
per Juli	33,26	33,40
per August	33,26	33,42
per September	33,20	33,37
New-Orleans loko middl.	33,25	33,25
Petroleum refined (in Cases)	20,25	20,25
Standard white	17,25	17,25
Credit Balances at Oil City	4,00	4,00
Terpentin loko	100	101
Schmalz Western Steam	35,55	35,55
Rohe & Brothers	38,00	38,00
Zucker Zentrifugal	7,28	7,28
Weizen Winterweizen loko	2,37½	2,37½
Mehl Spring wheat clears	—	950—1000
Getreidefracht nach Liverpool	nom.	nom.
Kaffee Rio No. 7 loko	—	22⅝
per Juli	21,05	21,75
per September	20,90	21,60
Eisen Northern No. 2	28,50	28,50
Zinn	nom.	nom.

Chicago, 7. Juli. (W. T. B.)

	3.	7.
Mais per Juli	187	190
do. per September	184	188⅝
Schmalz per Juli	35,15	35,17½
do. per September	35,20	35,22
Pork per Juli	53,90	53,90
Speck short rib sides	28,00-28,75	27,75-28,50

Schweinezufuhren: im Westen 148 000, in Chicago 53 000.

Büchertisch.

Hans Franck: „Das Pentagramm der Liebe.“

(Delphin-Verlag, München.)

Fünf zarte Novellen um dieses ewige Thema, dem der rheinische Dichter mit den feinsten Mitteln einer verinnerlichten Psychologie nachgeht. Fünf Geschichten der Liebe, — und jede eine Welt für sich. Die „moderne“ Welt, die Zeit der Kreuzzüge, das mittelalterliche Nonnenkloster, die indianische Prärie. Und überall Gesichte der Liebe: der ganz irdisch sinnlichen, der übersinnlich religiösen, der von den Waffen des Geistes in ihrem Innern bedrängten und verwundeten Liebe. Franck erzählt nicht spannende, lüsterne Erotik; aber er beschränkte sich auch nicht auf geistvolle Analyse. Er vereinigt psychologisch-medizinische Analyse mit kraftvoller Schönheit eigenartig gestalteter Schicksale. Sodaß er, in der wundervollen Novelle „Welchen?“, an die Höhen der Erzählungskunst Schnitzlers herankommt. In alledem waltet ein tiefer Ernst, ein innerlicher Geist, und die Novellen sind in einem dunkel getönten, äußerst kultivierten Stil geschrieben, der sich doch nie in expressionistische Gewolltheit verliert, obwohl er fern ist von der Einfachheit vergangener Epochen. Hans Franck beweist in diesem neuesten Werke ein schönes inneres Aufwärtsschreiten, das noch Gutes und Hohes von ihm erwarten läßt.

Hans Teßmer.

Gerichtssaal

Der „Rote Soldaten-Bund“ vor Gericht.

(Fortsetzung.)

Im Anschluß an die Vernehmung des Angeklagten Fröhlich wurden auf Antrag des Staatsanwalts Zumbroich die Protokolle über die ersten Aussagen des Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter verlesen. Danach habe er bekundet: Das Ziel des Roten Soldatenbundes sei die Zusammenfassung und Organisation der militärischen Kräfte des Spartakusbundes gewesen; der Rote Soldatenbund sei eine Unterabteilung des Spartakusbundes gewesen, die Anordnungen der Zentrale des Spartakusbundes hätten auch für den Roten Soldatenbund gegolten; letzterer habe die nötigen Gelder von den Spartakisten erhalten. — Angekl. Fröhlich betonte, daß er bei seiner ersten Vernehmung mißverstanden worden sei und er seine Aussage in der zweiten Vernehmung korrigiert habe. Er selbst sei agitatorisch oder rednerisch nicht aufgetreten, sondern habe sich mit der Expedition der Zeitung beschäftigt. Er sei von der kommunistischen Partei angestellt gewesen. Die Versammlung vom 12. Februar, bei welcher die Verhaftung der Angeklagten stattgefunden, sei von der kommunistischen Partei einberufen und in den Bezirksversammlungen derselben darauf aufmerksam gemacht worden. Alle Mitglieder des Roten Soldatenbundes seien gleichzeitig Mitglieder der kommunistischen Partei gewesen. Der Angeklagte wiederholte noch einmal, daß der Rote Soldatenbund eine Verwässerung der Revolution zu einem neuen monarchischen System verhüten sollte. Schließlich behauptete der Angeklagte, daß der Rote Soldatenbund doch keine geheime Verbindung gewesen sei. Der Kultusminister Hänisch sei häufig in das Bureau des Roten Soldatenbundes gekommen und habe sich bis zur Kampfwoche die Zeitung persönlich abgeholt. — Staatsanw.: Selbstverständlich werde nicht behauptet, der Rote Soldatenbund sei als solcher verborgen gewesen, sondern nur das Bestehen einer Geheimverbindung insofern, daß unter dem Deckmantel eines Roten Soldatenbundes eine militärische Organisation zusammengefaßt worden ist, um eine Rote Armee zu bilden.

Sämtliche übrigen Angeklagten bestätigten und ergänzten im allgemeinen die Bekundungen des Angeklagten Fröhlich, erklärten sich selbst für nicht schuldig und bestritten zum Teil, Mitglieder des Roten Soldatenbundes gewesen zu sein. Bei ihren Bekundungen kehrte mehrfach die Behauptung wieder, daß eine Spitzeltätigkeit sich wiederholt bemerkbar gemacht habe. Der Rote Soldatenbund habe den Zweck verfolgt, eine proletarische Regierung gegen Putsche von rechts zu sichern. Der Rote Soldatenbund sei seinerseits gegen das Unternehmen von Putschen gewesen und man habe nicht unterlassen, davor zu warnen, daß sich die Mitglieder durch Spitzel und Provokateure zu Torheiten verleiten lassen sollten. Der Rote Soldatenbund habe nicht rauben und plündern, sondern die jungen Soldaten in sozialistischem Sinne aufklären wollen.

Die Verhandlung wird heute fortgesetzt werden.

— **Wie Heeresgut verschoben worden ist,** zeigte eine Verhandlung, die gestern die Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Wegen Beiseiteschaffung in amtlichem Gewahrsam befindlicher Sachen in gewinnsüchtiger Absicht und Diebstahls war der frühere Gärtner Paul Plügge angeklagt, während sich seine Ehefrau, die Modistin Luise P. geb. Schirrmann wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu verantworten hatte. Im Strafgefängnis Tegel bestand während des Krieges als Staatsbetrieb eine riesige Schneiderwerkstatt, in welcher Arbeiterschutzkleidung für Artilleriedepots und technische Truppen hergestellt und täglich etwa 1000 Meter Stoff verarbeitet wurde. Der Angeklagte Plügge, der in Tegel eine mehrjährige Gefängnisstrafe verbüßte, war in diesem Betriebe erst als Maschinennäher und später als Schreiber beschäftigt gewesen. Insbesondere lag ihm die Führung des Postbuches und die Ausschreibung der wöchentlich etwa 500 Paketadressen ob. Im Frühjahr 1918 entdeckte die Berliner Kriminalpolizei, daß eine „Frau Lazar“, Schützenstraße 75 wohnhaft, in umfangreichster Weise Heeresgut, nämlich diese Arbeiterschutzkleidung verschob, und zwar durch Vermittlung eines Kaufmanns und eines Hauptmanns a. D. V. Diese „Frau Lazar“ entpuppte sich als die Frau des Tegeler Strafgefangenen Plügge, der es verstanden hatte, selbst im Gefängniskittel sich noch als Schieber zu betätigen und Heeresgut im Werte von vielen Tausend Mark beiseitezuschaffen. — In den ersten Vernehmungen behauptete Plügge, daß er die Paketadressen lediglich auf Grund der ihm von dem Inspektionsgehülfen Niklas übergebenen Bestellzettel ausgeschrieben habe, ohne zu wissen, daß die „Frau Lazar“ seine eigene Frau gewesen sei. Frau Plügge behauptete und stellte unter Beweis, daß eines Tages zwei Herren zu ihr gekommen seien, welche sich als Gefängnisbeamte Stahl und Körner ausgegeben hätten und ihr die nach ihrer Behauptung aus Resten und Abfällen hergestellten Arbeiterkleidungsstücke angeboten hätten. Vor Gericht bekundeten auch Zeuginnen, daß tatsächlich zwei Herren Stahl und Körner die Frau Plügge aufgesucht hätten. — Die Staatsanwaltschaft vertrat den Standpunkt, daß dies nur Ausflüchte seien und keine Gefängnisbeamten an der Sache beteiligt seien. Demgegenüber wurde von den Rechtsanwälten Dr. Eisenstädt und Leopold Meyer darauf hingewiesen, daß an dieser Schiebung en gros unbedingt Beamte beteiligt gewesen sein müßten, da das Fehlen von vielen Tausend Metern Stoff vertuscht worden sei und ferner unbedingt der Nichteingang der Zahlung hätte bemerkt werden müssen. Damit sei nicht gesagt, daß Gefängnisbeamte ihre Hand im Spiele hatten, es könne ebenso gut ein Zahlmeister oder Feldwebel irgend eines Artilleriedepots die Bestellungen ordnungsmäßig aufgegeben und die Waren dann an die von der Frau Plügge betriebene „Instandsetzungswerkstatt“ verschoben haben. Jedenfalls sei es im Staatsinteresse dringend notwendig, völlige Klarheit zu schaffen und die eigentlichen Schieber zu ermitteln. Da auch der Staatsanwalt diesen Standpunkt vertrat und betonte, daß er zu dem nächsten Termin sämtliche Gefängnisbeamten aus Tegel zwecks Gegenüberstellung laden werde, beschloß das Gericht, weitere Ermittelungen bis zur völligen Aufklärung der Sache anstellen zu lassen.

Zwangsversteigerungs-Ergebnisse.

Zur Versteigerung standen die nachbezeichneten Grundstücke:

Beim Amtsgericht Neukölln: Berliner Str. 22 in Neukölln, der Frau Marie Nikolinski gehörig. 10,96 a. Nutzungsw. 8122 Mark. Der Termin am 1. Juli wurde auf den 15. Juli cr. zur Verkündung einer Entscheidung vertagt. — Wanzlick-Str. 4 in Neukölln, der Frau Maria von Zabiensky gehörig. 5,55 a. Nutzungswert 8400 M. Das Verfahren wurde einstweilen eingestellt. — Aecker, Wanzlick-Str. 23—31 in Neukölln, dem Michael Biermann gehörig. 78,88 a bzw. 4,25 a bzw. 4,25 a. Das Verfahren wurde einstweilen eingestellt.

Beim Amtsgericht Berlin-Schöneberg: Flottwellstr. 6 in Berlin, dem Fräulein Bettina Zaske und der Frau Luise Pittelko gehörig. 2,69 a. Nutzungswert 8170 M. Das Verfahren wurde aufgehoben. Der auf den 21. Oktober 1919 bestimmte Termin fällt weg.

Familiennachrichten.

Verlobt:

Frl. Gertrud Wendl mit Hrn. Wilhelm Jenicke (Wilmersdorf). Frl. Erna Hoffmann mit Hrn. Fritz Krampf (Eibau). Frl. Lini Helmke mit Hrn. Heinz Hesemann (Bochum). Frl. Charlotte Straßer mit Hrn. Edgar Meyer (Köln). Frl. Hilde Zürndorfer mit Hrn. Hans Liepmann (Norderney). Frl. Margarete Heymann mit Hrn. Dr. Walter Schwalbe (Hamburg). Frl. Resi Hirsch mit Hrn. Ignatz Pincus (Hamburg). Frl. Cecilie Kalabus mit Hrn. Georg Liachowsky (Ostseebad Cranz). Frl. Chaje Bindiger mit Hrn. Bernhard Rubin (Berlin).

Verehelicht:

Hr. Carl Katzenstein mit Frl. Käthe Salinger (Wilmersdorf). Hr. Philipp Kraus mit Frl. Grete Kraus-Fritzsche (Bremen). Hr. Robert Stark mit Frl. Gertrud Auerbach (Südende). Hr. Bernhard Isaak mit Frl. Jenny Bernhard (Lübeck). Hr. Curt Cohn mit Frl. Edith Cohn-Hofmann (Schöneberg). Hr. Paul Oppenheim mit Frl. Edith Salomonsohn (Berlin). Hr. Hans Eißfeldt mit Frl. Erna Ohenn (Halensee). Hr. Georg von Bruchhausen mit Frl. Irmgard Ehrenberger (Hamburg).

Geboren:

Ein Sohn: Hrn. Fritz Knoller (Berlin). Hrn. W. Frentzel (Hindenburg). Hrn. Dr. Keßner (Charlottenburg). Hrn. M. Zina (Charlottenburg). Hrn. Benno Goldberg (Potsdam). Hrn. Rudolf Klestadt (Büren). — **Eine Tochter:** Hrn. Herm. Braunspahn (Berlin). Hrn. Erwin Wallfisch (Zürich). Hrn. Theodor Brauneck (Mayen). Hrn. Robert Leonards (Schöneberg).

Gestorben:

Hr. Reinhold Thuleweit (Nikolassee). Hr. Wilhelm Gernelmann (Steglitz). Hr. Hermann Reichelt (Eisleben). Hr. Hans Ebhardt (Hannover). Hr. Josef Berg (Berlin). Hr. Waldemar Thom (Berlin). Hr. Max Fraenkel (Breslau). (Hr. Gustav Spitzer (Breslau). Hr. Louis Herrnberg (Berlin).

4 X zum 4444sten X

Der Hias

Freitag, den 11. Juli 1919, abends 7½ Uhr

Berlin, Friedrich-Wilhelmst. Theater
Hannover, Schauburg
Königsberg, Neues Schauspielhaus
Stuttgart, Friedrichsbau-Theater

HGST

Der Reinertrag dieses Abends für die **deutschen Kriegsgefangenen**

Ab 31. August erscheint: (20097)

FreieDeutscheBühne

Wochenschrift für Kunst.

Herausgeber: Max Epstein u. Emil Lind, Berlin, unter Mitarbeit erster Fachschriftsteller.

Inhalt: Theater, Film, alle Zweige der Kunst, Erziehungswesen. Dauernde Beurteilung d. künstlerisch. Gesamtleistung Deutschlands durch führende Kritiker Berlins.

Berlin NW. 7, Unter den Linden 71.

Preuß. Klassen-Lotterie

Ziehung I. Klasse: 15. u. 16. Juli.

⅛ 5,25 Mk., ¼ 10,50 Mk. usw. und Porto.

Heufelder, (20039-42)4

W., Französische Straße 33.

Lieferung auch per Kassen-Verein.

Fernsprecher: Amt Zentrum, Nr. 68.

Annahme für Vorwetten

Rennen zu
Berlin-Grunewald: 13. Juli.
Dortmund: 13. Juli.
Trabrennen zu
München-Daglfing: 13. Juli.
Norderney: 13. Juli.

Annahme von Vorwetten für Berlin bei **persönlich** erteilten Aufträgen bis **3 Stunden** vor dem ersten programmäßig angesetzten Rennen; für auswärtige Plätze nur am Tage vor dem Rennen bis 6¾ Uhr abends:

Schadowstraße 8, parterre,
Kurfürstendamm 234,
Bayerischer Platz 9, Eing. Innsbruck. Str. 58,
Oranienburger Str. 48/49 a. d. Friedrichst.,
Schiffbauerdamm 19 (Komm. f. Trabrennen),
Potsdamer Str. 23 a
Neukölln, Bergstraße 43,

und an den Theaterkassen der Firma **A. Wertheim**

Leipziger Straße 132	Rosenthaler Strasse
Nollendorfplatz 7	Tauentzienstr. 12 a
Planufer 24	Rathenower Str. 3
Unter den Linden 14	Königstraße 31/32.
Moritzplatz	

Für **briefliche** und **telegraphische** Aufträge Annahme bis **3 Stunden** vor Beginn des ersten programmässig angesetzten Rennens

nur Schadowstr. 8. (20095)

An Wochentagen vor den Rennen werden Wetten bis 7 Uhr abends angenommen.

Familien-Nachrichten.

In Bad Nauheim, wo er alljährlich Milderung eines alten Leidens suchte, ist am 4. d. Mts.

Herr Direktor

Gustav Neumann,

Mitglied unseres Aufsichtsrats,

aus diesem Leben abberufen worden.

Der Heimgegangene hat länger als 15 Jahre, anfangs als Geschäftsführer unserer Maschinen-Bau-Anstalt Breslau, später als Mitglied unseres Vorstandes an der Leitung der Geschäfte der Gesellschaft teilgenommen und ist bei seinem Rücktritt im Jahre 1912 in den Aufsichtsrat unserer Gesellschaft berufen worden.

In allen diesen Stellungen hat er die Interessen unseres Unternehmens in treuer Pflichterfüllung und mit großer Liebe gefördert. In der Zusammenarbeit mit dem Verstorbenen haben wir auch seine ausgezeichneten Charaktereigenschaften persönlich schätzen gelernt.

Das Andenken des hervorragenden Mannes wird von uns und allen seinen Mitarbeitern stets in hohen Ehren gehalten werden.

Breslau, den 7. Juli 1919.

Aufsichtsrat und Vorstand
der
Linke-Hofmann Werke Aktiengesellschaft.

Statt besonderer Anzeige!

Berlin-Friedenau, den 7. Juli 1919.
Kaiserallee 134 II

Heute früh entschlief ruhig infolge älteren Leidens mein lieber Mann, unser guter Vater, der frühere

Direktor der Disconto-Gesellschaft

August Ulrich

im 63. Lebensjahre

Amelie Ulrich geb. **Zeddies,**
Dr. jur. **W. Ulrich,** Referendar, in Berlin-Friedenau.
Dr. med. **L. Ulrich** in Freiburg i. Br.,
Curt Ulrich, Referendar, in französischer Gefangenschaft.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 10. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium in der Gerichtsstrasse statt.

Von Beileidsbesuchen und Kränzen bitten wir höflichst abzusehen.